

# Drittes Kapitel

## Das Phänomen der Globalisierung

### Erster Abschnitt

---

Die Globalisierung ist nicht die Hauptursache der Staatshaushaltsdefizite, der Insolvenzwelle und der Liquiditätsschwäche der deutschen Volkswirtschaft

#### I. Der falsche Ansatz der Globalisierungsgegner ist Selbstbetrug und Flucht aus der Realität

**A.** Der gesamte Problemkomplex (Fragen Nr. 1 bis Nr. 8, oben im *ersten Kapitel*) wird von einem Teil der vorwiegend alternativen Volkswirtschaftslehren als unmittelbare Auswirkung der so genannten *Globalisierung*<sup>1</sup> ver-

Rz 1

---

1 Zum Begriff und zu den Details: Köhler, Horst, „Globalisierung und Politik – eine überfällige Diskussion über die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft, in: 100 Jahre Ludwig Erhard, Das Buch zur sozialen Marktwirtschaft, Ein Jubiläumsband zum 100. Geburtstag (1997), S. 194 ff. Zum Euro(geld)markt als Finanzdreh-scheibe der Welt als Folge der Globalisierung: Storck, Ekkehard, Globalisierung und EWU – Der Euromarkt als Finanz-Dreh-scheibe der Welt (1998); vgl. außerdem Rös-ler, Peter/Mackenthun, Thomas/Gohl, Rudolf, Handbuch Kreditgeschäft (2002), S. 233, 574 ff. Überblick über die globalen Auswirkungen „Schuldenfalle“: Witt-mann, Walter, Das globale Desaster – Konsequenzen für den Anleger (2002). Vgl. auch Atlas der Globalisierung – *Le Monde diplomatique – Atlas der Globalisierung* (2003), Teil I: Die Globalisierung und ihre Folgen: Globales Dorf (S. 10 ff.), Globaler Markt (S. 20 ff.); Rüstung und internationale Strukturen (S. 36 ff.); Technischer Fort-schritt und soziale Verwertungen (S. 46 ff.); gefährdete Umwelt (S. 58 ff.); Demokra-tie und sozialer Fortschritt (S. 66 ff.); Umkämpfte Welt (S. 82 ff.). Teil II: Schauplätze und Akteure; Hypermacht USA (S. 94 ff.); der amerikanische Kontinent (S. 104 ff.); die Europäische Union (S. 112 ff.); der Osten Europas (S. 126 ff.); Russland und seine Märkte (S. 136 ff.); Japan, der alte Ferne Osten (S. 150 ff.); China, das neue Reich der Mitte (S. 154); Mittel- und Ostasien (S. 160 ff.); Naher Osten und Nordafrika (S. 168 ff.); Subsahara-Afrika (S. 184 ff.).

standen. Den Begriff zu definieren, ist deshalb schwierig, weil „Globalisierung“ zu einem *Generalschlagwort* geworden ist. Am besten passt auf die vielfältigen Sachverhalte, die mit dem Begriff der Globalisierung gekennzeichnet werden, die Umschreibung als die *unumgängliche, irreversible und alternativlose Marktfreiheit* von Unternehmen auf den Weltmärkten: Für die *Liberalen* eine Verheißung, für die *Linke* ein Horrorszenario einer Realität gewordenen *Neo-Turbo-Kapitalismus*, der sämtliche Wirtschaftsprozesse jeder staatlichen Kontrolle entzieht<sup>2</sup>. Was bedeutete *Globalisierung*? Denn die mit diesem Begriff beschriebene *Wechselwirkung* zwischen den nationalen Volkswirtschaften und den Konsum- und Investitionsgütermärkten ist heute unbestreitbarer Fakt. Eine falsche wirtschaftspolitische Entscheidung einer einzelnen nationalen Regierung hat heute sofort monetäre und wirtschaftliche Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften, d. h., sie beeinflusst die *Liquidität* von Wirtschaftsunternehmen aller Art und kann auf diese Weise zu einer Belastung anderer Volkswirtschaften oder zu einer Schädigung von Gemeinschaftshaushalten führen<sup>3</sup>.

Für viele Unternehmen stellt sich die schwierige Aufgabe, so genannte Globalisierungsstrategien zu entwickeln, um sich die Vorteile der *Globalisierung* nutzbar zu machen, insbesondere auf Auslandsmärkten zu expandieren oder

2 Scheer, Hermann, Globalisierung – Zur ideologischen Transformation eines Schlüsselbegriffs, in: *Le Monde diplomatique – Atlas der Globalisierung* (2003), S. 6 ff.

3 Ein Beispiel, wie Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik grenzüberschreitend zusammenhängen, zeigt die falsche Entscheidung des *spanischen* Umweltministers im Jahr 2002, den vor der spanischen Atlantikküste havarierten Öltanker „*Prestige*“ nicht in einen spanischen Hafen bugsieren und dort entsorgen zu lassen, sondern auf das offene Meer hinauszuschleppen. Die Umweltkatastrophe wurde dadurch nicht gebannt, sondern *vervielfacht*. Das an die Küste treibende Schweröl des gesunkenen Tankers hat mehrere hundert Kilometer der spanischen und der französischen Atlantikküste verseucht und Tausende vom Fischfang abhängige mittelständige spanische und französische Betriebe mit mehr als zehntausend Arbeitsplätzen vernichtet. Mehr als ein Jahr später hat die Ölverseuchung der für die Fischerei wichtigen Küstengewässer immer noch nicht nachgelassen. Postwendend ist die spanische Regierung bei der *EU*-Kommission wegen finanzieller Soforthilfen vorstellig geworden. In einer ersten Tranche bewilligte der Ministerrat der *EU* zum Zwecke, die ausgefallenen Arbeits- und Unternehmereinkommen zu kompensieren und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltkatastrophe zu finanzieren, eine zweistellige Euro-Millionensumme als Soforthilfe. Für die *spanische* Regierung wird die Fehlentscheidung auf *EU*-Ebene folgenlos bleiben. Dies demonstriert das faktisch vorherrschende Prinzip der *politischen Verantwortungslosigkeit*, das auf allen Ebenen politisch bekämpft werden muss.

Nachteile der Globalisierung zu bekämpfen. Dies gilt vor allem für die Unternehmen der so genannten Finanzdienstleistungsindustrie, denn Kapital ist ein „Produkt“, das sich am besten für einen weltweiten Einsatz eignet. Deshalb haben *Globalisierung* und Technologisierung gravierende Auswirkungen auf die Geschäftsmöglichkeiten von Banken und Versicherungen<sup>4</sup>. Die *OECD* definiert *Globalisierung* als einen Prozess, in dem Märkte und Produktion in verschiedenen Ländern immer mehr voneinander abhängig werden – dank der Dynamik des Handels mit Gütern und Dienstleistungen und durch die Bewegung von Kapital und Technologie.

**B.** Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Banken und Kreditinstitute schlagen auf die Unternehmens- und Staatsfinanzen durch und können zu Verwerfungen in den Wirtschaftsgefügen führen. Dabei lassen sich drei Entwicklungstendenzen ableiten: Die Schwankungen und Instabilitäten der (Finanz)märkte nehmen zu und können auch in hoch entwickelten Ländern Krisen verursachen, die mit den realwirtschaftlichen Entwicklungen überhaupt nicht in Zusammenhang stehen. Sodann dominieren immer mehr kurzfristige Renditeerwartungen gegenüber langfristig aufgestellten industriellen Entwicklungsstrategien. Außerdem beeinträchtigen spekulative Gewinnerwartungen an den Finanzmärkten die Investitionen in Sacheinlagen. Rz 2

**C.** Deshalb formieren sich gegenwärtig in verschiedenen nationalen Gruppierungen so genannte *Globalisierungsgegner*, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und zu einer Abschottung der nationalen Märkte gelangen wollen<sup>5</sup>, um auf diese Weise wieder in den Wohlstand der *siebziger und achtziger Jahre* mit relativer Vollbeschäftigung, maßvollen Arbeitszeiten, funktionierender Alters- und Krankenversorgung und einer Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Geld- und Sachvermögen zurückkehren zu können. Für die Globalisierungsgegner bedeutet Globalisierung insbesondere, dass die Staaten die Wirtschaftsprozesse nicht mehr reglementieren können, dass sich supranationale Konzerne ihr *eigenes kapitalistisches Vertragsrecht* schaffen, das faktisch nationales Recht bricht, dass die Folgen der Globalisierung nicht Rz 3

4 Vgl. dazu *Heinzeler, Frank*, Deutschlands Bankenstruktur im gesamteuropäischen Finanzmarkt, in: *Rolfes, Bernd/Fischer, Thomas R. (Hrsg.)*, Handbuch der europäischen Finanzdienstleistungsindustrie (2001), S. 35, 39.

5 Zum Beispiel die *Attac*, ein loser Zusammenschluss von Globalisierungsgegnern, die sich teilweise als außerparlamentarische Opposition der Neuzeit verstehen.

globale Solidarität und weltweiter Umweltschutz sind, sondern die Verstärkung des *Nord-Süd-Gefälles*, der Export von Umweltvernichtung von den reichen Industriestaaten in die armen Entwicklungsländer.

Neben den Globalisierungsgegnern, welche die Frage der Globalisierung und des Widerstandes gegen ihre Ursachen und Folgen ideologisieren, gibt es auch Beobachtungen zu den internationalen Kapitalströmen, die einen Stopp der Globalisierung auf diesem Gebiet fordern oder konstatieren<sup>6</sup>. Neben der ideologischen Kritik an der Globalisierung gibt es auch eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der *Globalisierung*. *Globalisierung* bewirkt, dass internationale Konzerne dominierenden Einfluss auf einzelne Volkswirtschaften nehmen und das Finanzkapital ungehinderte Bewegungsfreiheit erhält. Das führt dazu, dass einzelne Staaten um dieses frei bewegliche Kapital konkurrieren müssen<sup>7</sup>. Dadurch können die Staaten das Kapital nicht mehr willkürlich besteuern. Der soziale Wohlfahrtsstaat deutscher Prägung wurde wegen der *Globalisierung* der Finanzmärkte zum „Auslaufmodell“, denn *Globalisierung* bedeutet auch, dass die Staaten nicht mehr nach Belieben über Steuern ein Netz sozialer Sicherheit finanzieren können. Damit ist vor allem die Tendenz angesprochen, dass sich die Unternehmen Kapital wieder mehr über die *heimischen Banken* und nicht über einen weltumspannenden Aktienmarkt beschaffen. Abgesehen von dieser Entwicklung schreitet die *Globalisierung* aber auf allen Ebenen voran<sup>8</sup>.

Allein mit der *Globalisierung* können aber die Liquiditätsschwächen des Staates und verschiedener Branchen in der deutschen Volkswirtschaft nicht erklärt werden: Vielmehr existiert ein *Geflecht* verschiedener Ursachenzusammenhänge, die zu den Insolvenzen und den Insolvenzgefahren geführt haben. Diese Ursachen haben eines bewirkt: Die *Bundesrepublik Deutschland* hat die Chancen der Globalisierung nicht nutzen können oder jedenfalls nur schlecht genutzt. Die wirklichen Ursachen dafür sollen systematisch aufgearbeitet werden. Das wird einem *Schlachten heiliger Kühe* gleichkommen und einen *Tabubruch* nach dem anderen auslösen.

---

6 Vgl. das Interview mit *Jeremy Sillem*, Chef von *Bear Stearns International*, in: *Welt am Sonntag Nr. 42 vom 19.10.2003*: „Die Globalisierung ist gestoppt.“

7 *Soros, George*, *Der Globalisierungsreport – Weltwirtschaft auf dem Prüfstand (2002)*, S. 15.

8 Vgl. *Scheer, Hermann*, *Globalisierung*, in: *Le Monde diplomatique – Atlas der Globalisierung (2003)*, 3. Aufl. (2003), S. 6 ff.



**D.** Gerade die steigende Zahl der Insolvenzen und die damit verbundene Steigerung der Massenarbeitslosigkeit wird von den Globalisierungsgegnern als Folge der Verantwortungslosigkeit eines weltweit unkontrolliert wandernden Kapitals betrachtet. Konsequenz sind deshalb die Vorstellungen der Globalisierungsgegner darauf gerichtet, die *weltweite Beweglichkeit* des Kapitals einzuschränken, die Bildung *supranationaler Konzerne* zu verhindern und zu einer Überwachung des Kapital- und Geldverkehrs durch die nationalen Regierungen oder supranationale staatliche Kontrollinstanzen zu gelangen<sup>9</sup>.

Rz 4

Die folgenden Ausführungen zu einem vernetztem System der *Insolvenzprophylaxe* werden zeigen, dass es einen Weg zurück aus der *Globalisierung* zu einer auf Staatsgebiete oder einzelne Regionen beschränkten Volkswirtschaft nicht gibt und ein solcher Restaurationsgedanke auch völlig kontraproduktiv wäre: Offenbar gibt es im Verborgenen wirkende Marktkräfte für die Verteilung und die Steuerung von Kapital- und Warenströmen und die Verteilung von Arbeitsplätzen, die sich nach dem Grad der Investitionssicherheit und der Investitionsrendite bemessen. Diese Spannungsfelder sind so stark, dass es vermessen wäre, Lösungen gegen diese Marktmechanismen durchsetzen zu wollen oder deren Existenz schlichtweg zu leugnen. Eine intelligente Wirtschaftspolitik muss anstreben, innerhalb des Systems dieser Marktkräfte zu überleben und darüber hinaus sich die unbestreitbaren Vorteile der Globalisierung zunutze zu machen. Denn letztendlich kann die Globalisierung als die *Fortsetzung der arbeitsteiligen Spezialisierung* auf der Ebene des Geldmarktes verstanden werden.

**E.** Wenn der Konkurrenzkampf um Kapital und Arbeitsplätze stärker wird, aber gleichzeitig auch die Möglichkeiten zum Export von Technologien, von Kapital und von Arbeitsplätzen<sup>10</sup> größer werden, so müssen die einzelnen Wirtschaftsregionen darin erfolgreich sein, das *Summenspiel von Zufluss und Abfluss* zu beherrschen und die Vorteile der weltweiten Spezialisierung für sich zu nutzen. Die Lösung der oben charakterisierten Probleme kann und wird nur einer international ausgerichteten, d. h. konzertierten Wirtschaftspolitik gelingen, die sich die Globalisierung des Handelsgüter-, des Geld- und des

Rz 5

9 Dies würde einen totalitären Überwachungsstaat erfordern, der entgegen der *Freiheitsidee* der europäischen Verfassungen stehen würde. Das *Freihandelsprinzip* ist ein Gemeinschaftsgut des Welthandels; seine Aufgabe ist *nicht diskutabel*.

10 Zum Beispiel die Ausgliederung der so genannten Zulieferindustrie in Billiglohnländer der Dritten Welt.

Kapitalmarktes als Instrument dienstbar macht und die *Insolvenzprophylaxe* zur *ersten Handlungsmaxime* erhebt, insbesondere in der *europäischen* und *internationalen* Wirtschaftspolitik. Deshalb müssen die *Europäische Union*, die *G7(G8)-Staaten* und das Netzwerk internationaler Wirtschaftsorganisationen, wie z. B. der *IWF* oder die *Weltbank*, vorrangig Maßnahmen beschließen, die es erlauben, alle Wirtschaftssubjekte mit demjenigen Kapital auszurüsten, das für deren Aufgabenbewältigung erforderlich ist: Die Unterbrechung des internationalen Geldflusses durch Kapitalvernichtung muss beseitigt werden.

## II. Eindeutiges Alarmzeichen: Die Bundesrepublik Deutschland läuft Gefahr, das AAA-Rating weltweit zu verlieren

### A. Die Gefahr der Massenverarmung in Deutschland

**Rz 6** 1. Die Problematik der Geldverknappung und der kaum noch oder schon nicht mehr bedienbaren Schuldzinsen hat auf Staats- und Unternehmensebene eine Dimension angenommen, die noch vor wenigen Jahren, insbesondere in der allgemeinen Euphorie der weltweiten *Börsenhausse*<sup>11</sup>, fast niemand vorausgesehen und erst recht nicht ernst genommen hatte und die selbst heute von vielen Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik nicht wahrgenommen oder sogar bewusst verleugnet wird: Der *bundesrepublikanische Staat* und seine Wirtschaft, allen voran die so genannte *Deutschland AG*, drohen in solchem Maße zu verschulden, dass sich der in *fünf* Jahrzehnten nach dem *Zwei-*

11 Zum Aufstieg des *Dax* vom 1997 bis 2000 und zu dessen bodenlosen Fall: *Munk, Nicole*, Die T-Aktie als Marke – staatliche und private Einflussnahme zur Kurspflege einer „Volksaktie“, Dissertation Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster (2003) S. 1, 8, 9, 23, 29 f. Zu den Illusionen grenzenloser Umsatz- und Gewinnsteigerungen: *Francioni, Reto*, Der Neue Markt im Kontext europäischer Wachstumssegmente, in: *Hummel, Detlev/Breuer, Rolf-E.*, Handbuch Europäischer Kapitalmarkt (2001), S. 531, 532; zu der trügerischen Hoffnung positiver Impulse für Arbeitsplätze und Venture Capital: *Francioni, Reto, a. a. O.*, S. 537, zu der angeblichen Funktion des *Nemax* als „Keimzelle“ der so genannten „Neuen Ökonomie“: *Francioni, Reto, a. a. O.*, S. 537. Siehe auch *Weiler, Lutz*, Der Neue Markt – Eine Erfolgsstory, in: *Koch, Wolfgang/Wegmann, Jürgen (Hrsg.)*, Mittelstand und Neuer Markt. Von erfolgreichen Börsenpraktiken lernen (1999), S. 25–45. Aus der angeblichen Erfolgsstory wurde eine *Insolvenzapokalypse*, das *Menetekel* der Börsen und Banken.

ten Weltkrieg aufgebaute *deutsche Volkswohlstand* in eine *neue Volksarmut* umkehren könnte. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein *eindeutiges Alarmzeichen* den Blick auf das Problem lenkt und Rat- und Mutlosigkeit erzeugt. Für Jahrzehnte galt die *Bundesrepublik Deutschland* kraft der starken *D-Mark* als Hort der Stabilität. Bundesschatzbriefe und andere Bundesobligationen waren begehrte Wertpapiere, die Bonität der *Bundesrepublik Deutschland* war über alle Zweifel erhaben. Heute bietet sich ein anderes Bild: Die Diskussion um die Herabstufung der Bonität der *Bundesrepublik Deutschland* reißt nicht ab.

**2.** Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: *Berlin* und *Paris* rütteln permanent an der Defizitgrenze<sup>12</sup>. *Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD)* hat sich – in Übereinstimmung mit dem *französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac* – für eine „Neuinterpretation“ des *europäischen Stabilitätspaktes* ausgesprochen. Offiziell soll der *EU-Stabilitätspakt* von *Maastricht* zwar nicht verlassen werden, aber beide Staatsmänner streben eine angebliche „ökonomisch vernünftige“ Interpretationsweise des Stabilitätspaktes an<sup>13</sup>. Inzwischen steht fest, dass *Deutschland* das dritte Mal die Defizitquote überschritten hat und auch im Jahr 2005 nochmals überschreiten wird. Das bedeutet: Der Verstoß gegen den Stabilitätspakt wird zu Dauereinrichtung. *Frankreichs Außenminister Dominique de Villepin* schlug parallel in einer Rede vor *französischen Botschaftern* in *Paris* ein neues Gremium vor, das die Haushaltspolitik der *EU-Mitgliedsländer* der Währungsunion „koordinieren“ soll.

Auch damit wird klar, dass die zweite große Wirtschaftsnation der *EU* aus dem Stabilitätspakt von *Maastricht* faktisch ausscheren wird. Ist aber erst einmal dokumentiert, dass die beiden größten Wirtschaftsnationen der *EU* für mehr als *drei/vier* Jahre den Stabilitätspakt – ohne Aussicht auf Besserung – verletzen dürfen und schließt sich dieser Politik auch noch *Italien* als drittgrößte *EU-Wirtschaftsmacht* an, ist der *EU-Stabilitätspakt* von *Maastricht* faktisch aufgehoben. Für die kleineren Länder besteht weder Veranlassung noch ein Motiv, selbst die Kriterien des Stabilitätspaktes einzuhalten. Frankreich und Deutschland lösen den *EU-Stabilitätspakt* mehr und mehr auf. Die mögliche Folge wird sein, dass die vorübergehende Stärke der *EU-Gemein-*

12 Handelsblatt Nr. 166 vom 29.08.2003, S. 6.

13 Handelsblatt Nr. 166 vom 29.08.2003, S. 6: Der deutsche *Bundeskanzler* im Originalzitat: „Wir müssen das Wachstumsziel deutlicher unterstreichen, als das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.“

schaftswährung (*Euro*) an den internationalen Finanz- und Devisenmärkten wieder nachlassen wird. Der *US-Dollar* wird – trotz der defizitären Haushaltspolitik des *US-Präsidenten Georg W. Bush* – langfristig wieder an Wert gewinnen. Die *EU* und damit auch *Deutschland* können dann negative Auswirkungen aus der Globalisierung der Volkswirtschaften umso schwerer abwehren. Für die Auseinandersetzung der beiden Wirtschaftssysteme *EU* gegen die *USA* wird dies zwar vorübergehend die *EU-Exportindustrie* insofern entlasten, als die Exporte in die *USA* wieder billiger werden, doch auf lange Sicht führt eine Stärkung des *US-Dollar* zu einer Schwächung der europäischen Position in dem Kampf auf dem *Schlachtfeld der Globalisierung*. Dass die *USA* bei dieser Auseinandersetzung die besseren Voraussetzungen mitbringen, haben die Zahlen für das *III. Quartal 2003* gezeigt: Die Wirtschaft der *USA* wuchs um *7,2 Prozent*; das Wirtschaftswachstum in den *USA* ist in *2003* trotz aller Belastungen aus der Weltwirtschaft geschätzt um *3,8 Prozent* gestiegen<sup>14</sup>; für *2004* liegen die Vorausschätzungen zwischen *4,5* und *4,8 Prozent*.

## **B. Das Prinzip der direkten Vergleichbarkeit von Produktivitätsfaktoren und wirtschaftlichen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen: Im Wettbewerbsranking landet Deutschland nur auf Platz 13**

**Rz 8** 1. Globalisierung bedeutet, dass die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der verschiedenen Volkswirtschaften immer einfacher miteinander verglichen werden können und Standortentscheidungen der Industrie wesentlich beeinflussen können. Ein Blick in die europäische Landschaft zeigt, dass ein Großteil der europäischen Staaten mit gleichen oder ähnlichen Problemen zu kämpfen hat wie die *deutsche* Staats- und Volkswirtschaft. Doch ein zweiter Blick lässt erkennen, dass viele europäische Staaten bessere Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung geschaffen haben als *Deutschland*. Die neueste Studie des *Weltwirtschaftsforums* bestätigt dies:

---

14 Dies ist einer der höchsten Quartalswerte für die *US-amerikanische* Wirtschaft seit *20 Jahren*, vgl. *Die Welt* vom *31.10.2003*, S. 11. Daraus ergeben sich Hoffnungen auch für die deutsche Konjunktur: Wer schneller wächst, importiert auch mehr, so die Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft.

*Deutschland* liegt auf *Platz 13* des Wirtschaftsrankings<sup>15</sup>: Eine Blamage für die deutsche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des letzten Jahrzehnts. Das Weltwirtschaftsforum hat 102 Staaten nach einem Katalog von Anforderungskriterien bewertet: Auf *Platz 1* steht *Finnland*, auf *Platz 2* die *USA*, gefolgt von *Schweden* (*Platz 3*), *Dänemark* (*Platz 4*), *Taiwan* (*Platz 5*), *Singapur* (*Platz 6*), *Schweiz* (*Platz 7*), *Island* (*Platz 8*), *Norwegen* (*Platz 9*), *Australien* (*Platz 10*), *Japan* (*Platz 11*), *Niederlande* (*Platz 12*), *Deutschland* (*Platz 13*), *Neuseeland* (*Platz 14*), *Großbritannien* (*Platz 15*) usw.

**2.** Das Weltwirtschaftsforum mit Sitz in *Genf* verfügt über ein Netzwerk von Verbindungen zu international tätigen Unternehmen. Das Wettbewerbsranking wird auf der Grundlage einer Befragung von mehr als 7.700 Managern in aller Welt erstellt. Die Studie des Weltwirtschaftsforums zeigt im Übrigen auch, wie wichtig *Deutschlands* Lokomotivfunktionen für *Europa* ist. Denn die Studie hat noch weitaus gravierendere Schwächen bei den europäischen Partnern offenbart: In der Weltrangliste steht z. B. *Frankreich* auf *Platz 26*, *Italien* auf *Platz 41*. Bei den Wettbewerbsbedingungen auf Unternehmensebene belegt *Deutschland* ebenfalls *Platz 5* in der Welt. Das zeigt: *Deutschlands* Unternehmen sind grundsätzlich *nicht* das Problem, sondern der *marode Staatshaushalt*. Denn für die schlechte Gesamtnote „*Platz 13*“ ist das Rekordhaushaltsdefizit des Bundes ausschlaggebend. Dafür gab es nur *Platz 54*.

Rz 9

**3.** Die Bewertung ist ein *Mix* aus so genannten „harten Daten“, wie z. B. die Höhe der Staatsverschuldung, die Steuerbelastungen, die Lohnkosten und die Produktivitätsindikatoren; andererseits werden auch „weiche Faktoren“, wie persönliche Einschätzungen, Motivationen, technologische Daten sowie die makroökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, in die Bewertung einbezogen. Bei der Beurteilung der Staatsverschuldung wird gegenüber dem Wettbewerbsranking der letzten Jahre für 2003 erstmals danach differenziert, ob der Staat mit dem geliehenen Geld nur konsumtive Ausgaben bestreitet oder aber Zukunftsinvestitionen tätigt. Ein Lichtblick für *Deutschland*: Bei der Innovationsfähigkeit gibt es bessere Noten – dank der Qualität der deutschen Universitäten und der Kooperationsfähigkeit unserer Hochschulen mit der Industrie: *Platz 5* für *Deutschland*.

Rz 10

15 Handelsblatt Nr. 209 vom 30.10.2003, S. 8: „Finnland bietet Unternehmen weltweit beste Voraussetzungen“; Studie des Weltwirtschaftsforums zum Wirtschaftsranking von 102 ausgesuchten Staaten (2003).



**Rz 11** 4. Ein weiterer Aspekt der Globalisierung ist die Rückwirkung des *starken Euro*, der inzwischen auf den Exportwerten der deutschen Wirtschaft lastet. Die Auffassung des Euros dominiert die Quartalsberichte<sup>16</sup>. Der starke Euro wirkt sich wie ein *Bremslotz* für den deutschen Aktienmarkt aus: Die deutschen Ausfuhren sind z. B. im *Juni 2003* um *2,5 Prozent* und damit unerwartet stark gefallen. Die in dem *US-Dollar-Raum* erwirtschafteten Gewinne haben auf Grund des starken Euro in der Heimat einen geringeren Wert. Andererseits hofft die deutsche Wirtschaft auf so genannte günstige „Basiseffekte“<sup>17</sup> aus einem starken Euro. Allein eine starke Währung bedeutet aber noch nicht genügend Widerstandskraft gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung. Denn auf einer anderen Beurteilungsebene liegen die Wertschöpfung und die Sparquote. Die meisten europäischen Volkswirtschaften leiden unter einer zu geringen Wertschöpfung und Sparquote. Mittelbar wirkt sich dies bis zu der *Fremdkapitalfinanzierung* der Unternehmen aus. Wenn die Widerstandskraft einer Volkswirtschaft zu gering ausgeprägt ist, wird die Eigenkapitaldecke der Unternehmen als Folge des freizügigen Kapitalverkehrs immer geringer.

### C. Das internationale Rating der deutschen Länder: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erfolgt eine Abwertung

**Rz 12** 1. Welche praktischen Folgen sich aus der *Globalisierung* ergeben können, haben mehrere Landesfinanzminister inzwischen erkennen müssen: Bei einer Abwertung des Ratings verschlechtern sich die Zins- und Tilgungskonditionen und verteuern sich die Kredite, und zwar wesentlich: weitere Hunderte von Millionen Euro, die in den Landesfinanzkassen gar nicht vorhanden sind. *Hessens* erstklassiges Rating war Mitte 2003 in Gefahr<sup>18</sup>, nachdem die Bonität für *Nordrhein-Westfalen* in der Tat inzwischen zurückgestuft wurde.

16 Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 12.08.2003, S. 19.

17 Frank, Kai, Leiter des Investmentresearch bei der ING-BHF Bank AG, Frankfurt am Main, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 12.08.2003, S. 19.

18 Bislang ist *Hessen* mit der Bestnote „AAA“ bewertet worden. *Nordrhein-Westfalen* hatte bislang bei Standard & Poor's das Rating „AA+“. Es wurde im *dritten Quartal 2003* auf „AA“ reduziert. Die Begründung ist eindeutig und nicht von der Hand zu weisen: im Bundesland *Nordrhein-Westfalen* sind die Defizite fortdauernd auf höchstem Niveau.

Im Herbst 2003 konnte auch *Hessen* der Abwertung nicht mehr entkommen. Die Abwertung im internationalen Rating war naturgemäß nicht nur Ausfluss der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage in der *Bundesrepublik Deutschland*, sondern die internationalen Rating-Agenturen reagierten auf diverse Wirtschaftsindikatoren: bei allen Bundesländern der hohe Schuldenstand und die hohe Last aus öffentlichen Gehältern und Pensionen ohne echte wirtschaftlichen Gegenleistung; in anderen Bundesländern wie z. B. *Nordrhein-Westfalen* kam noch der *Milliardenskandal* bei der *WestLB* hinzu<sup>19</sup>. Das verdeutlicht, wie das Versagen deutscher Politiker, insbesondere Landespolitiker in *Nordrhein-Westfalen*, auf doppelte Weise den Landesinteressen schadet: Denn der Schaden beschränkt sich nicht auf die tatsächlich eingetretenen Verluste, sondern setzt sich in höheren Finanzierungskosten für das jeweilige Bundesland fort<sup>20</sup>. Daraus wird ersichtlich, wie wichtig eine konsequente Aufsichtspolitik der Länder über ihre Landesbanken ist. In *Nordrhein-Westfalen* hat diese Aufsicht versagt.

2. Der alte wie der *Interims-Vorstand* der *WestLB* sind kurzfristig unter massivem Druck in der Öffentlichkeit geraten; schlecht für das Image, schlecht für das Rating und schlecht für die Refinanzierungskosten, die das Land *Nordrhein-Westfalen* treffen. Ein aktuelles Beispiel, was Globalisierung bedeutet und wie sich die Regeln der Globalisierung gegen die Staatsbanken der deut-

Rz 13

19 Vgl. Die Welt vom 17.10.2003, S. 15: „Aufatmen bei der WestLB – Ex-Deutsch-Banker wird neuer Chef“.

20 Die mangelnde faktische Effizienz der *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)* zeigt sich gerade im Zusammenhang mit dem Handling gegenüber der angeschlagenen *Düsseldorfer WestLB*. Die *BaFin* hat zwar ein vernichtendes Urteil über den Vorstand dieser *viertgrößten* deutschen Bank gefällt. Im Hinblick auf die Verluste in Milliardenhöhe der *WestLB* aus riskanten Auslandsgeschäften haben die amtlichen Prüfer „Zweifel an der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit“ des *WestLB*-Chefs *Jürgen Sengera* sowie der beiden Vorstände *Adolf Franke* und *Andreas Seibert* geäußert, doch kommen die Bemühungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu spät. Bis zu *1,4 Milliarden Euro* soll der Schaden betragen. Die einzige Konsequenz liegt darin, dass die Nachfolge für diejenigen Vorstände geregelt wurde, die für die Verluste in Milliardenhöhe verantwortlich sind. Damit offenbart sich das Dilemma aus dem Wertpapierhandelsgesetz und dem Dritten und Vierten Finanzmarktforderungsgesetz: Die *BaFin* verfügt nicht über diejenigen erforderlichen Instrumente, um schon im Vorfeld riskanter Investmentgeschäfte der Banken einzuschreiten. Fehler derartiger Größenordnung können sich die deutschen Kreditinstitute in dem verschärften internationalen Wettbewerb nicht mehr leisten.

schen Länder richten können. Denn in dem zweiten Gutachten der *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)* wurde das immer noch nicht tragfähige Restrukturierungskonzept für die *WestLB* und ein *860 Millionen britische Pfund* teures Kreditengagement bei dem *britischen* Elektrogeräteverleiher *Box Klever* gerügt.

Eine solche Meldung muss aufstoßen: *860 Millionen britische Pfund* für einen *insolventen Elektrogeräteverleiher* in *England*? Hat denn die größte *deutsche Landesbank* keine anderen Kreditgeschäftsfelder mit besserer Rendite? Wie kann es angehen, dass sich die *deutsche* Landesbanken und die *deutschen* Geschäftsbanken weigern, die *deutschen* Unternehmen, den Mittelstand, die Freiberufler mit Krediten zu versorgen, wenn offenkundig eine Summe von umgerechnet 2,4 Milliarden alter DM, also *1,2 Milliarden Euro*, kurzerhand „zum Fenster hinaus verpulvert“ werden? Inzwischen steht fest: Die Prüfer der *BaFin* halten eine „Risikovorsorge“ für das „Gesamtengagement“ in Höhe von *687,9 Millionen Euro* für „erforderlich“<sup>21</sup>. Doch die negativen Aussichten sind weitaus gravierender: Ein Totalverlust wird heute nicht mehr ausgeschlossen, d. h., für diesen Fall müsste die *WestLB* das gesamte Kreditengagement von *860 Millionen britische Pfund* abschreiben. Die *WestLB* wäre dann gezwungen, eine Kapitalerhöhung durchführen, die ausschließlich den Landeshaushalt *Nordrhein-Westfalens* belasten wird. Da das Land Großaktionär ist, müssten damit Mittel aus der Einkommensteuer/Körperschaftsteuer zur Rettung der Bank verwendet werden.

Daraus kann nur geschlussfolgert werden: Die *nordrhein-westfälische Landesregierung* muss zurücktreten. Hier liegt nicht ein „*Abschreibungsfall*“ vor, sondern ein Skandal, der zu *personellen Konsequenzen* innerhalb der Landesregierung führen muss. Denn die *WestLB* ist in den letzten Wochen mit mehreren derartiger „*Abschreibungsfällen*“ in das Kreuzfeuer der Kritik geraten: Die Rückstellung der *WestLB* für den englischen Fernsehverleiher betragen schon *428 Millionen Euro*. Die *BaFin* hat zwar unmissverständlich formuliert, dass die Einbuchung eines entsprechenden Zuführungsbetrages unverzüglich zu erfolgen hat und dies der *BaFin* auch zu bestätigen ist. Doch dies ist nicht geschehen, nicht zur richtigen Zeit und auch nicht in gehöriger Form. So funktioniert Kapitalvernichtung zum Nachteil der Bürger. Die Vermeidung eines Skandals dieser Größenordnung pro Quartal würde die Steuerentlastungsdebatte auf Bund- und Länderebene weitgehend obsolet machen. Im Folgenden

---

21 Welt am Sonntag Nr. 315 vom 03.08.2003, S. 1.

wird deshalb zu prüfen sein, welches Organisationsmodell die deutsche Bank- und Staats(Fiskal)wirtschaft benötigt, um solche „Black-Outs“ in Zukunft zu vermeiden.

3. Auf Grund einer *wachsenden Neuverschuldung*<sup>22</sup> befürchten Analysten ständig, dass sich die Herabstufung Deutschlands oder einzelner deutschen Bundesländer bei der internationalen *Rating-Agentur Standard & Poor's* auf Dauer nicht vermeiden lassen wird. Alle Beteiligten in der deutschen Politik wissen, dass sich diese Herabstufung und die stetige Entfernung von der Bestnote „AAA“ im Sinne einer Hystereseschleife auf die Staatshaushalte auswirken wird: Die Finanzierungskosten der Staatsschulden werden noch höher. Die deutschen Bundesländer zählen inzwischen zu den größten Emittenten bei Euroanleihen. Die ausstehenden Titel weisen einen Wert von mehr als 130 Milliarden Euro auf<sup>23</sup>. Rz 14

4. Das niedrigste Rating „AA minus“ hat der *Standard & Poor's* für *Sachsen-Anhalt* vergeben. Die gleiche Note haben z. B. *Japan* und *Taiwan*. Die mit *Standard & Poor's* konkurrierende *Rating-Agentur Fitch* dagegen hat für alle deutschen Bundesländer nach wie vor die Höchstnote „AAA“ vergeben, wie dies auch (noch) für den Bund selbst gilt. *Fitch* begründet die *Einheitsnote* „AAA“ mit den in der deutschen Verfassung vorgesehenen *Bund-Länder-Finanzausgleich* und den *Verfassungsprinzip der Bundestreue*<sup>24</sup>, die im Prinzip wie eine *Ausfallhaftung des Bundes zur Stabilisierung der Länder und Kommunen dient*. Allerdings wirft *Standard & Poor's* die – rechtlich komplexe – Rz 15

22 Seit dem 12.10.2003 ist es amtlich, dass die *Bundesrepublik Deutschland* für das Haushaltsjahr 2004 selbst das Rekorddefizit der *USA* schlagen wird, die im Rahmen der internationalen Terrorismus-Bekämpfung und auf Grund der Kriegsfolgelasten des Irak-Krieges den Verteidigungshaushalt in dreistelliger *US-Dollar-Milliardenhöhe* aufgestockt hatten: Nach den *Maastricht-Kriterien* wird das Haushaltsdefizit Deutschlands in 2003 ca. 4,3 Prozent betragen, bei den *USA* wären es vergleichbar „nur“ 4,2 Prozent, gefolgt von *Frankreich* mit 4,0 Prozent und *Großbritannien* mit 2,5 Prozent; vgl. *Mahler, Armin/Neubacher, Alexander/Reiermann, Christian/Sauga, Michael/Tietz, Janko, Reform-Haus Deutschland – „Schlusslicht Deutschland“ in: Der Spiegel Nr. 42 vom 13.10.2003, S. 37.*

23 *Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 12.08.2003, S. 19.* Allein im Jahr 2003 kommen weitere neue Titel im Wert von rund 24 Milliarden Euro auf den Markt. Dies entspricht gut einem Drittel der Brutto-Neuverschuldung der deutschen Bundesländer.

24 *Sachs, Michael, Art. 20 GG, Rdnrn. 68 ff. in: Sachs, Michael (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar (2003).*

Frage nach der Verlässlichkeit des Prinzips der Bundestreue und der Einordnung als Garantie, Leistungsversprechen, Richtlinien usw. auf. Dies zeigt, dass bei der Bewertung des Ratings heute *komplexe Rechtsfragen* von den Analysten beantworten werden müssen. Das Prinzip der *Bundestreue* ist *keine Staatsgarantie* des Bundes für die Länder und Kommunen<sup>25</sup> und kann auch bei der Einordnung nach den Klassifizierungen nicht als Bundesgarantie bewertet werden. Der *Bund-Länder-Finanzausgleich* betrifft die interne Organisation der deutschen Staatsfinanzen. Die Inhaber von Schuldverschreibungen können sich also nicht darauf verlassen, dass nicht mittels diverser Grundgesetzänderungen schon sehr bald eine ganz andere Finanzorganisation gelten wird. Deshalb ist die Entscheidung von *Standard & Poor's* realistischer. Andererseits haben die jüngsten Entscheidungen von *Standard & Poor's* auch die Frage nach der Machtkontrolle und dem Demokratieprinzip aufgeworfen und werden zunehmend auch unter dem Gegensatz *US*-Wirtschaft gegen *EU*-Wirtschaft betrachtet.

#### D. Eine europäische Rating-Agentur zur Durchbrechung des angloamerikanischen Monopols

**Rz 16** 1. Eine besonders sensible Ausprägung der Globalisierung ist in der offenen oder verdeckten Ausübung von Wirtschaftsmacht durch internationale Rating-Agenturen zu sehen. Denn die oben dargestellten Beispiele haben gezeigt, wie schnell ein einzelner Staat gegenüber einer international tätigen mächtigen und weit verflochtenen Rating-Agentur in Nachteil geraten kann. Bei *Standard & Poor's* ist auffällig, mit welchem scharfem Maßstab z. B. europäische Staaten oder aus *US*-amerikanischer Sicht als lästige Konkurrenzkonzerne zu betrachtende Unternehmen *geratet* werden. Doch wie steht es um das Rating für die *USA* selbst? Bei dem in den letzten zwei Jahren aufgebauten Schuldenstand von mehr als *480 Milliarden US-Dollar* oder aber bei dem fortgesetzt bestehenden Handelsbilanzdefizit? Oder den unkalkulierbaren Rüstungsausgaben der *USA*? Wenn alle Rating-Agenturen so unfehlbar sind, wie diese es

25 Das Prinzip der *Bundestreue* ist rechtlich betrachtet eine Kompetenzausübungsschranke und kann konkret als *Gleichbehandlungsgebot* wirken sowie verfahrensmäßige Bindungen auslösen, aber keine drittbezogene Zahlungsgarantie; vgl. *Sachs, Michael* a. a. O., Rdnrn. 69, 70, 71. Erst bei einer extremen Haushaltsnotlage wird die Pflicht zur bundesstaatlichen Hilfeleistung bejaht: *BVerfGE* 12, S. 205 (254, *BVerfGE* 72, S. 330 (397 f.); *BVerfGE* 86, S. 148 (263 ff.).



für ihre Ratings in Anspruch nehmen, warum waren dann Insolvenzen wie *Enron* oder *Mirant* in den *USA* überhaupt möglich? Wo waren *Standard & Poor's* und *Moody's*?

**2.** Handelt es sich also bei den Rating-Agenturen um nichts anderes als um die *Speerspitze* ausländischer Wirtschaftsministerien oder Bank- und Börsensysteme, um gegenüber anderen Bank- und Börsenplätzen wettbewerbswidrig Vorteile zu erlangen? Viele Fehlentscheidungen internationaler Rating-Agenturen geben Anlass zu der Sorge, dass diese Vorwürfe in manchen Fällen sehr genau begründet sind<sup>26</sup>. Deshalb ist auch verständlich, dass die europäischen Nationen darüber nachdenken, wie sich *Europa* von der Bevormundung durch überwiegend *US*-amerikanische Rating-Agenturen unabhängig macht, andererseits auch die deutschen und europäischen Kapitalmärkte gegen Fehlinvestitionen in den *USA* geschützt werden. So hat z. B. die *CDU/CSU*-Bundtagsfraktion nachdrücklich eine europäische Konkurrenz zu der *US*-Dominanz gefordert<sup>27</sup>. Die Kooperation von *Standard & Poor's* mit *Moody's* wird als *Duopol* betrachtet, der ein europäisches Gegengewicht entgegengesetzt werden muss. Allerdings haben die *deutschen Banken* bislang den Aufbau solcher Rating-Agenturen größtenteils verhindert, mindestens aber behindert und erschwert, weil die hierdurch entstehende Transparenz unerwünscht ist. Im Zuge der immer weiter um sich greifenden Globalisierung wird die europäische Wirtschaft, wenn sie international einen Machtfaktor darstellen will, nicht auf die Einrichtung europäischer Rating-Agenturen verzichten können. Eine Konkurrenz der verschiedenen Rating-Agenturen wäre dabei zu begrüßen. Es würde sich im freien Wettbewerb dann sehr bald herausstellen, welcher Wettbewerber über die höchste Fachkompetenz und die besten Lieferungsbedingungen verfügt.

26 Die Kritik ist an den Rating-Agenturen nicht spurlos vorübergegangen: So verwarft sich z. B. *Moody's* dagegen, eine amerikanische Agentur zu sein. Von 1.900 Mitarbeitern weltweit seien 400 Europäer.

27 Handelsblatt *Nr. 174* vom 10.09.2003, S. 27. Inzwischen ist aber auch bei diesem Thema eine differenzierte Betrachtung erforderlich: Kann eine Rating-Agentur, die nicht auf dem *US*-Markt vertreten ist, überhaupt bei weltweit tätigen Konzernen und grenzüberschreitenden Transaktionen ernst genommen werden? Die Geschäftsleitung von *Fitch* z. B. verneint diese Frage. Deshalb ist das Problem allein mit der Schaffung einer rein-europäischen Rating-Agentur nicht gelöst. Vielmehr muss eine europäische Rating-Agentur aufgebaut werden, die *international* ein Gegengewicht zu *Standard & Poor's* oder *Moody's* darstellen kann.

## E. Der deutsche Bundesfinanzminister scheut die Ablegung des Offenbarungseides vor Standard & Poor's

**Rz 18** 1. Anfang des Jahres 2003 forderten mehrere internationale Rating-Agenturen den *deutschen* Bundesfinanzminister auf, bei der Bewertung der *Bonität* der *Bundesrepublik Deutschland* zusammenzuarbeiten und alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die für die neu anstehende *Klassifizierung des Bonitätsrisikos* erforderlich sind<sup>28</sup>. Schon allein diese Aufforderung demonstriert die neuen Kräfteverhältnisse auf den internationalen Kapitalmärkten: Die angeblich *souveränen* Staaten sind in Wirklichkeit zu Bittstellern um die Zuteilung des international kursierenden Milliardenkapitals geworden. Kein Staat kann sich mehr der Überwachung durch internationale Rating-Agenturen entziehen. Schlimmer noch: Es gibt Staaten, die nur sehr ungern ihre Daten und Zahlen vorlegen, weil sie schon wissen, dass die Begutachtung nicht zur eigenen Zufriedenheit und der Zufriedenheit der Kapitalanleger und Analysten ausfallen wird. Inzwischen gehört *Deutschland* zu denjenigen Staaten, die sich nur noch mit einem unguuten Gefühl dem Prüfungsmaßstab der Rating-Agenturen unterziehen können, und das auf Grund der jahrzehntelangen verfehlten deutschen Finanzpolitik.

**Rz 19** 2. Der *deutsche* Bundesfinanzminister verhielt sich wie ein Kreditnehmer, der den Gang zur Abgabe der Eidesstattlichen Offenbarungsversicherung scheut und immer noch der Selbsttäuschung erlegen ist, die Kreditgeber würden ihn viel mehr benötigen als umgekehrt. Anders kann das unkooperative Verhalten des deutschen Bundesfinanzministers nicht gedeutet werden: Denn *Hans Eichel* weigerte sich, die Auskunftsbegehren der internationalen Rating-Agenturen zu erfüllen, z. B. mit den Vertretern von *Fitch* zusammenzutreffen. An *Standard & Poor's* schrieb Bundesfinanzminister *Hans Eichel* einen Brief, mit dem er die Überlassung von Unterlagen und ein Zusammenreffen kategorisch ablehnte<sup>29</sup>.

28 Vgl. „*Eichel blockt ab*“, in: *Wirtschaftswoche Nr. 17* vom 17.04.2003, S. 12.

29 Vgl. „*Eichel blockt ab*“, in: *Wirtschaftswoche Nr. 17* vom 17.04.2003, S. 12. Vgl. auch *Die Welt* vom 19.04.2003, S. 20: Bonitätsprüfer sehen große Gefahr für Deutschlands *Triple-A-Rating*. Das *AAA-Rating (Triple-A-Rating)* ist die beste Einstufung auf der Skala der Rating-Agenturen. Eine Verschlechterung des Ratings bedeutet für die *Bundesrepublik Deutschland* höhere Aufwendungen für die Kreditbeschaffung in Höhe von Zig-Milliarden Euro, denn die Geldgeber erwarten für die größere Unsicherheit der Zins- und Kapitalrückzahlungsverpflichtungen Risikozuschläge zu den sonst üblichen Schuldzinsen.

3. Diese Weigerungshaltung hätte den *deutschen Steuerzahler* fast eine zweistellige *Milliardensumme von Euro*<sup>30</sup> und eine weitere Steuerbelastung in gleicher Höhe gekostet. Denn die *Rating-Agenturen* hatten schon mehrfach angedeutet, die *Bundesrepublik Deutschland* sei ein Kandidat für eine Herabstufung, würde also im internationalen Vergleich die Bestbenotung „AAA“ verlieren. Das katastrophale Ergebnis der im *II. Quartal 2004* durchgeführten Steuervorausschätzung wird diesen Trend noch verstärken. So urteilte der *Standard & Poor's-Spezialist Moritz Kraemer*, dass die *Bundesrepublik Deutschland* bei den Faktoren *Staatsverschuldung* und *Konjunktur* gegenüber anderen AAA-Staaten zurückgefallen sei<sup>31</sup>. Analyst *David Raley* kritisierte vor allem die Unflexibilität der *deutschen Reformpolitik*. Zwar blieb *Deutschland* trotz dieser Kritik das „AAA“ schließlich *gerade noch* erhalten, aber es wäre vermessen, dies als *Bestätigung* der bestmöglichen Bonität für *Deutschland* zu verstehen. Vielmehr wurde die Abwertung der Bonität mit Rücksicht auf die weltweiten negativen Auswirkungen zurückgestellt und war damit letztendlich eine politische Entscheidung. Die Thematik ist damit nach wie vor ungelöst. Für Selbstzufriedenheit der *deutschen Bundesregierung* besteht deshalb keinerlei Anlass<sup>32</sup>.

30 Gegenwärtig ist keine Konzeption der *deutschen Bundesregierung* erkennbar, eine derartige Entwicklung dauerhaft zu verhindern. Die Folgen einer Herabstufung unter die AAA-Kategorie wären katastrophal: *Bundesanleihen* und *Bundesschatzbriefe* würden kurzerhand zu minderwertigen Wertpapieren. Auch die Lebensversicherer und Banken in *Deutschland*, die in den Handel mit Bundesanleihen und Bundesschatzbriefen eingeschaltet sind und teilweise große Bestände von Bundesanleihen in ihrem Anlagevermögen halten, müssten sich umorientieren. Die *deutsche Bundesregierung* hat noch nicht in Erwägung gezogen, dass sich die negativen Folgen einer Herabstufung auf diese Weise potenzieren könnten: Denn die Lebensversicherer sind in der Entscheidung, welche Papiere z. B. zur Absicherung der *Deckungsstöcke* – soweit überhaupt vorhanden – gehalten werden, nicht frei, sondern unterliegen den zwingenden Vorschriften der §§ 53 lit. c ff., 65 ff. VAG. Würde es den Lebensversicherungen z. B. nur noch in begrenztem Umfang erlaubt, Bundesanleihen zu halten, so hätte dies negative Signalwirkung für den gesamten Anleihemarkt.

31 Ein Vergleich zu den *spanischen Staatsanleihen* zeigt, in welchem Maße die *deutschen Staatsanleihen* unter Druck geraten sind. Vor wenigen Monaten bestand zwischen *deutschen* und *spanischen Staatsanleihen* bei *zehn* Jahren Laufzeit ein Unterschied von *15* Basispunkten. Dieser Abstand ist im *II. Quartal 2003* nahezu weggeschmolzen. Die Untätigkeit der Bundesregierung ist unverantwortlich. Höhere Zinsaufwendungen und Bußgelder an die *EU* wegen Verfehlers der Stabilitätskriterien kann sich der deutsche Staatshaushalt nicht mehr leisten.

32 Eine Abwertung der Bonität auf „AA“ würde zu einer Dauerverurteilung der *Bundesrepublik Deutschland* durch die *EU* wegen Verfehlers der Stabilitätskriterien füh-

## F. Löst die Globalisierung bei den europäischen Staaten eine „Kulturrevolution“ aus?

**Rz 21** 1. *Deutschland* braucht eine ähnlich radikale „Kulturrevolution“ wie *Großbritannien* unter *Margaret Thatcher*, denn in *Deutschland* hat sich in den letzten 50 Jahren ein „*Filz*“ angesammelt<sup>33</sup>. In *Deutschland* scheint es jetzt so weit zu sein: Soziale Ziele können auf Dauer nicht gegen die Regeln der Marktwirtschaft durchgesetzt werden. Alle Bemühungen der deutschen Bundesregierung müssten sich auf den Arbeitsmarkt konzentrieren, denn in einem rohstoffarmen Land bleibt die Arbeit die einzige Quelle des Wohlstands, und damit bilden die Lohnkosten und Lohnstückkosten den wichtigsten ökonomischen Eckwert der Volkswirtschaft. *Prof. Sinn* formuliert das so: „*Um im Wettbewerb zu bestehen, kann man so viel teurer sein, wie man besser ist*“<sup>34</sup>. *Sinn* fordert deshalb alle gesellschaftlichen Gruppen auf, sich mit der „*Marktwirtschaft zu versöhnen*“ und sich von den idealistischen Vorstellungen eines Sozialstaates zu verabschieden. Die sozialen Strömungen in den großen deutschen Volksparteien haben zu einem Belastungstext der Marktwirtschaft geführt. Jetzt sind die Sollbruchstellen zerstört.

---

ren und das Rating der *Bundesrepublik Deutschland* ständig neu gefährden. Da jede weitere Herabstufung im Rating zu einer weiteren Schuldzinsenbelastung und damit zu einer nochmals höheren Neuverschuldung führen würde, gäbe es für die deutsche Fiskalpolitik kein Entrinnen aus dieser *Hystereseschleife* von immer neuen Schulden und dem ständigen Verfehlen der *EU-Maastricht-Kriterien*.

- 33 *Sinn, Hans-Werner*: „*Sind wir noch zu retten?*“, in: *stern Nr. 41 vom 02.10.2003*, S. 79. *Sinn* ist seit 1984 Professor an der *Ludwig-Maximilian-Universität* in *München* und einer der bekanntesten Ökonomen *Deutschlands*; 1991 gründete er das *Center for Economics Studies*, 1999 wurde er Präsident des *Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung*. *Hans-Werner Sinn* gilt als radikaler Vordenker und geht mit den Fehlern der Bundesregierung hart ins Gericht: Ein europäischer Nachbar nach dem anderen zieht bei dem Pro-Kopf-Einkommen an *Deutschland* vorbei. Die sozial-liberale Koalition der siebziger Jahre hat zum „*Sprung in den Schuldenstaat*“ angesetzt. Die *Agenda 2010* „*zupft zaghaft am Steuerrad, ohne es wirklich rumzudrehen*“.
- 34 „*Sind wir noch zu retten?*“, in: *stern Nr. 41 vom 02.10.2003*, S. 79. Vgl. auch *Sinn, Hans-Werner*, „*Ist Deutschland noch zu retten?*“ (4. Aufl. 2003). Dort setzt sich *Sinn* plakativ mit den negativen Entwicklungstendenzen auseinander: Zurück zur Wirklichkeit (S. 13); Schlusslicht *Deutschland* (S. 19); Japanische Pleitegeier im Anflug (S. 43); Maastrichter Vertrag: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein (S. 47); Wie wir die Wettbewerbsfähigkeit verloren (S. 57); Arbeitsmarkt im Würgegriff der Gewerkschaften (S. 115); Der Sozialstaat: mächtigster Konkurrent der Wirtschaft (S. 155); *Sinn, Hans-Werner*, *Der verblühende Osten* (S. 215); *Der Steuerstaat: Fass ohne Boden* (S. 267); *Land der Greise* (S. 337); *Das 6+1-Programm für den Neuanfang* (S. 451).

**2.** Die *Niederlande* hatten vor ca. 25 Jahren ähnliche Problemkomplexe zu lösen wie *Deutschland* heute. Die *Niederländer* entschieden sich für eine langfristige Lohnzurückhaltung, die 1982 im Abkommen von *Wasenaar* beschlossen wurde<sup>35</sup>. *Deutschland* bräuchte deshalb eine ähnliche konzertierte Aktion, doch gegen den Widerstand der mächtigen deutschen Gewerkschaften wird ein solches Moratorium nicht durchsetzbar sein. *Deutschlands* Anteil am Welthandel ist gesunken, während die *USA* in den letzten Jahren kräftig zugelegt haben. So betrug der Anteil *Deutschlands* am Welthandel im Jahr 1991 ca. 11,5 Prozent, der Anteil der *USA* ca. 14,5 Prozent. Im Jahr 2000 ist der Anteil der *USA* am Welthandel auf 19 Prozent gestiegen, der Anteil *Deutschlands* auf acht Prozent gesunken. Die deutschen Gewerkschaften verstehen sich nicht mehr als Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft, sondern ausschließlich als ein *Lohnkartell*. Eine Öffnung der Tarifverträge muss deshalb erfolgen. Dies könnte z. B. dadurch geschaffen werden, dass durch Änderungen des kollektiven Arbeitsrechts die Tarifparteien gezwungen werden, so genannte Tariföffnungsklauseln in den Tarifverträgen vorzusehen. *Deutschland* hat für die Geringqualifizierten ein zu hohes Lohnniveau. Gleichzeitig betreibt der Bundesdeutsche Staat einen „Zuwanderungsmagneten“, den Sinn sofort abschalten will<sup>36</sup>.

**3.** Dieses Gefälle hat mehr Zuwanderer nach *Deutschland* gebracht als die *Bundesrepublik Deutschland* verkraften kann. Wegen der demographischen Krise muss die Rentenversicherung grundlegend erneuert werden, denn das deutsche Rentensystem ist eine Vollversicherung gegen Kinderlosigkeit. Die Folge des deutschen Rentensystems war, dass das natürliche ökonomische Motiv, Kinder in die Welt zu setzen, um sich von ihnen im Alter ernähren zu lassen, vollständig aus dem Bewusstsein junger Paare verdrängt wurde<sup>37</sup>. Diese Beispiele zeigen, was Globalisierung in der Praxis bedeutet: ein ständiges Überprüfen der eigenen rechtlichen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anhand der Vorgaben der ausländischen Konkurrenz.

35 Vgl. *Wiedemann, Erich*, Süßes Gift des Lohnverzichts, in: *Der Spiegel Nr. 43* vom 20.10.2003, S. 102 zu dem so genannten „Polder-Modell“.

36 *Sinn, Hans-Werner*: „Sind wir noch zu retten?“, *stern Nr. 41* vom 02.10.2003, S. 84.

37 *Sinn, Hans-Werner*: „Sind wir noch zu retten?“, *stern Nr. 41* vom 02.10.2003, S. 84.



## 6. Outsourcing als Folge und Ausdruck der Globalisierung

- Rz 24** 1. Eine weitere Ausprägung der Globalisierung ist das so genannte *Outsourcing* – den Gewerkschaften ein Dorn im Auge, da dies die Arbeitsplätze im Inland kostet. Unter *Outsourcing* ist das Auslagern von Aktivitäten eines Unternehmens zu verstehen, die nicht zum Kernbereich gehören. Statt des Unternehmens werden externe Dienstleister tätig. Beim *Business-Prozess-Outsourcing (BPO)* wird ein ganzer Unternehmensprozess, etwa die Personalverwaltung, komplett an einen Dienstleister übertragen. Beispiele sind die *Deutsche Lufthansa* und andere Unternehmen, die ihre gesamte EDV in *Indien* fertigen und bearbeiten lassen. Unter *Business-Transformation-Outsourcing (BTO)* versteht man den Prozess, der noch weiter geht als das *BPO*, nämlich in dem Sinne, dass die entsprechenden Prozesse im Zuge der Auslagerung opponiert werden. *Offshoring* beschreibt dagegen die Verlagerung von Aktivitäten innerhalb der Unternehmensebene, aber über Landesgrenzen hinweg.
- Rz 25** 2. Vorreiter dieses Outsourcing-Systems sind insbesondere die Banken, die Dienstleistungsprozesse in das Ausland (z. B. nach Indien) verlagern. Vielen Mitarbeitern europäischer Banken stehen deshalb harte Zeiten bevor, weil eine Studie der *Unternehmensberatung A. T. Kearney* aufzeigt, zu welchen Arbeitsplatzverlusten es führen wird, wenn die Kreditinstitute ihre Planung umsetzen, in größerem Umfang Arbeitsplätze in das kostengünstigere Ausland zu verlagern. Die führenden Kreditinstitute in *Deutschland, Österreich* und in der *Schweiz* werden zwischen 2004 und 2008 ca. 100.000 Stellen in das Ausland verlagert haben. Betroffen hiervon sind insbesondere die Abteilungen „Datenverarbeitung“, „Informationstechnik“ und „Call Center“.
- Rz 26** 3. Diese Tendenz wird zusätzlich mit dem Begriff des „*Offshorings*“ gekennzeichnet. Die Kosteneinsparungen hierfür werden bei 30 Prozent liegen. 17 Prozent der befragten Banken halten sogar eine Kostenreduktion um bis zu 50 Prozent durch „*Offshoring*“ für möglich. Für den *deutschen* Arbeitsmarkt verspricht dies nichts Gutes: Vor allem werden qualifizierte Arbeitsplätze wegfallen. Der *deutsche* Arbeitnehmer sieht sich inzwischen in einem direkten Konkurrenzverhältnis zu seinem *indischen* Kollegen, auch dann, wenn er EDV-Spezialist oder Informationstechniker ist. Um diese Thematik haben sich neue Begriffe gebildet, welche die wirtschaftlichen Auswirkungen verharmlosen sollen.

## ► Zwischenergebnis

Die Verschuldung, Überschuldung und Insolvenzgefährdung ist nachweisbar **Rz 27** grundsätzlich *keine* Folge der Globalisierung, sondern das Ergebnis eigenen Versagens auf den Ebenen der Haushalts-, Finanz- und Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Deren Bekämpfung setzt deshalb eigene Anstrengungen, eigene Ideen, eigene Kreativität und eine hohe Lernbereitschaft und Lerngeschwindigkeit voraus.

## Zweiter Abschnitt

### Unternehmensinsolvenzen in der Bundesrepublik Deutschland

#### I. Die Insolvenzspirale dreht sich immer schneller – Kann keiner die Katastrophe aufhalten?

##### A. Die Insolvenzrekorde jagen sich

**1.** Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in *Deutschland* nimmt seit Jahren **Rz 28** ständig zu<sup>38</sup>. Mit Ausnahme des Jahres 1999 ist die Zahl der Insolvenzen ständig angestiegen<sup>39</sup>. Der Gipfelpunkt der Insolvenzen und der Massenarbeitslosigkeit ist noch lange nicht überschritten. Mit *40.000 Insolvenzen* erzielte die

38 Vgl. die *Insolvenzstatistik* des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, ZIP 1999, S. 1766, 1768; ZIP 1998, S. 1918 ff.; NZI 4/99, S. VII; vgl. die *Statistik* des Verbandes der Vereinte Kreditreform (ZInsO), 2001, S. 20.

39 1991: 13.393 Insolvenzen, davon 8.837 Unternehmen; 1992: 15.302 Insolvenzen, davon 10.920 Unternehmen; 1993: 20.298 Insolvenzen, davon 15.148 Unternehmen; 1994: 24.928 Insolvenzen, davon 18.837 Unternehmen; 1995: 28.785 Insolvenzen, davon 22.344 Unternehmen; 1996: 31.471 Insolvenzen, davon 25.530 Unternehmen; 1997: 33.398 Insolvenzen, davon 27.474 Unternehmen; 1998: 33.977 Insolvenzen, davon 27.828 Unternehmen; 1999: 33.870 Insolvenzen, davon 26.620 Unternehmen; 2000: 40.400 Insolvenzen, davon 27.500 Unternehmen.

*deutsche* Wirtschaftspolitik im Jahr 2002 einen Rekord<sup>40</sup>. Im I. Quartal 2003 wurden Forderungswerte von geschätzt ca. 11,3 Milliarden Euro vernichtet; es fielen fast 150.000 Arbeitsplätze, vornehmlich im Bereich der mittelständischen Wirtschaft, auf Dauer weg<sup>41</sup>.

**Rz 29** 2. Neue Arbeitsplätze entstehen so gut wie überhaupt nicht<sup>42</sup>. Im Gegenteil lassen die Rationalisierungspläne der großen wie mittleren Unternehmen in der *Bundesrepublik Deutschland* erkennen, dass sich die Zahl der Insolvenzen und der Arbeitslosen nochmals erheblich steigern wird: Fast jede Branche kann nur mit Hilfe eines drastischen Abbaus an Stellen und Kürzung der Lohnsummen finanziell überleben, da über eine Senkung der variablen Kosten die Umsatzrückgänge nicht mehr aufgefangen werden können<sup>43</sup>. Im Jahr 2003

40 Die Welt vom 17.04.2003, S. 12: „Mittelstand droht neuer Pleiterekord – Bis zu 42.000 Betriebe in ihrer Existenz bedroht – *Creditreform* und *KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau* sehen keine Trendwende“. Schon im Jahr 2002 hatte sich die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr um 16,4 Prozent erhöht. In allen Branchen sind die Umsätze zusammengebrochen. Nur noch 20,5 Prozent der befragten Unternehmen schätzen ihre Lage als gut oder zufrieden stellend ein. Es werden gegenwärtig mehr Mitarbeiter entlassen als eingestellt: Der *negative* Saldo aus Personalaufstockung und Personalabbau betrug in 2002 –15,5 Prozent; für 2003 verschlechterte sich dieser Eckwert auf –21,2 Prozent. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist ebenfalls gesunken – um 8,6 Prozent.

41 Die Symptome lassen sich am besten in der Paradedisziplin der deutschen Volks- und Exportwirtschaft demonstrieren: dem Maschinenbau. Vgl. *Wilmes, Frank*, „Vor der Pleitewelle“, in: *Welt am Sonntag Nr. 42* vom 19.10.2003, S. 29: Die Umsätze des deutschen Maschinenbaus waren in 2003 rückläufig (128,0 Milliarden Euro gegenüber 130,6 Milliarden Euro im Vorjahr 2002).

42 Sowohl die Großunternehmen als auch die öffentliche Hand nehmen so gut wie keine Neueinstellungen vor; in vielen Bereichen besteht ein *Einstellungsstopp*.

43 Die *hohen Fixkosten* liegen wie ein Fluch auf der deutschen Volkswirtschaft. Viele Sparten erleiden gegenwärtig Umsatzeinbrüche von 20 Prozent, teilweise sogar 30 Prozent bis 50 Prozent. Aber die deutschen Unternehmen und Betriebe sind nicht darauf vorbereitet, diesen zyklischen Schwankungen zu begegnen. Hierzu müssten die Unternehmen und Betriebe in der Lage sein, genauso schnell, wie diese Umsatzeinbrüche geschehen, in den Kostenstrukturen zu reagieren. Dies ist aber deshalb nicht möglich, weil der größte Teil der Kosten in *Deutschland* Fixkosten und nicht variable Kosten sind. In den letzten Jahrzehnten hat der Bundesgesetzgeber sogar aktiv daran mitgewirkt, variable Kosten in Fixkosten umzuwandeln. Die Unternehmen in *Deutschland* sind kaum in der Lage, in schlechten Konjunkturzeiten Personal abzubauen, ohne astronomisch hohe Abfindungen zu zahlen. Deshalb gehen *Deutschlands* Unternehmen den volkswirtschaftlich unsinnigen Weg, Volumen und Beschäftigung zu halten, wenngleich die Margen immer kleiner werden. Die Unter-

brach die private Kaufkraft dramatisch ein. Auch für das Jahr 2004 muss mit einer stagnierenden Kaufkraft gerechnet werden.

## B. Die Erhaltung des Unternehmens als eigenständiges Verfahrensziel: Vorrang der Sanierung vor der Zerschlagung

### 1. Kein Vorrang der Sanierung vor der Zerschlagung in der Praxis der Gesetzgebung und der Wirtschaftspolitik

a) § 1 InsO<sup>44</sup> erklärt die Erhaltung des Unternehmens in der Insolvenz zum eigenständigen Verfahrensziel. Denn die Zerschlagung des Unternehmens durch Stilllegung des Betriebes und Veräußerung der einzelnen Vermögenswerte bedeutet nicht nur die größte denkbare Vernichtung wirtschaftlicher Werte, sondern auch den Totalverlust von Arbeitsplätzen<sup>45</sup>. Immaterielle Vermögenswerte wie, z. B. der Firmenwert oder der Kundenstamm, ein technisches Know-how, Gebrauchs- und Geschmacksmuster, Fertigungsverfahren etc. lassen sich bei einer Zerschlagung in der Regel überhaupt nicht mehr realisieren. Von diesem Idealzustand der Insolvenzordnung sind die meisten Insolvenzverfahren in der *Bundesrepublik Deutschland* noch immer weit entfernt.

nehmen sind nicht nur auf Gewinnmaximierung, sondern auf eine Stabilisierung der Umsatzvolumina ausgerichtet. Ein Beispiel ist die Automobilbranche: Den Kunden werden *Null-Prozent*-Finanzierungen geboten, Bargeldauszahlung bei Erwerb eines neuen Kfz, Benzingutscheine usw. Betriebswirtschaftlich ist dies mit keinem Argument zu rechtfertigen, doch die Dementierung der Fixkosten zwingt die Unternehmen, derartige Wege zu gehen. Deutschlands Unternehmen sind nicht mehr in der Lage, Nachfragerückgänge auch kleineren Ausmaßes wegzustecken. Der Kündigungsschutz, diverse gewinnunabhängige Steuern, hohe und nicht abwendbare Sozialabgaben, einseitig arbeitnehmerfreundlich orientierte Arbeitsgerichte, die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften, Umweltauflagen, die langwierigen bürokratischen Prozesse haben den größten Teil der deutschen Industrie bewegungsunfähig gemacht; vgl. *Simon, Hermann*; „Verfluchte Fixkosten“, in: *managermagazin* 6/2003, S. 114.

44 *Insolvenzordnung* vom 05.10.1994 (BGBl. I, S. 2866 i. V. m. BGBl. III/FNA 311–13). Vgl. die Kommentierungen zu diesem Gesetz: Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung, hrsgg. von *Kirchhof, Hans-Peter* und *Lwowski, Hans-Jürgen*, Bände 1–3 (2001–2003).

45 Derartige Zerschlagungswerte liegen erfahrungsgemäß unter den so genannten Fortführungswerten, was insbesondere bei halbfertigen Erzeugnissen besonders deutlich wird. Bei solchen Zerschlagungen kommt es typischerweise zu Massenentlassungen.

Fast jedes Insolvenzverfahren führt heute zu dem *worst case* der Totalvernichtung von Ressourcen und Arbeitsplätzen<sup>46</sup>.

**Rz 31** b) Die Idee einer umfassenden *Insolvenzprophylaxe* ist in *Deutschland* so gut wie unbekannt. Die Fragestellung, *ob neue Gesetze und deren Umsetzung Betriebe und staatliche Organisationen gegen Insolvenzen resistenter machen oder umgekehrt sogar einen Schritt weiter in die Richtung der Insolvenzgefährdung bedeuten*, stellen sich weder Parlamentarier noch Regierungsbeamte. Die Entfremdung zwischen Politik und Volkswirtschaft hat in *Deutschland* neue Dimensionen angenommen. Dass *Reformunfähigkeit* für Tausende Unternehmen und Betriebe den schleichenden Tod bedeutet, gehört noch nicht zum Vorstellungsbild deutscher Politiker.

### C. Viele deutsche Banken und Lebensversicherungen sind insolvenzgefährdet

**Rz 32** 1. Die ersten Insolvenzen von *privaten Bankhäusern* und Lebensversicherungen haben schlagartig zu der Erkenntnis geführt, dass innerhalb des deutschen Kapitalmarkt- und Wirtschaftssystems nichts mehr funktioniert: weder der *Geldfluss* noch die *Ausrüstung der Unternehmen mit Eigen- und Fremdkapital*, weder die kurz- noch die langfristige Finanzierung von Unternehmen, nicht die *Investitionsquote*<sup>47</sup> und auch nicht die *Sparquote*. Eine kleine Auswahl der Insolvenzen der *letzten 12 Monate* zeigt ein düsteres Bild: Die vornehme *Gontard & MetallBank AG, Frankfurt am Main*, musste *Mitte 2002* ihre Schalter schließen<sup>48</sup>, das *Bankhaus Partin, Bad Mergentheim*, ist ebenfalls unter Insolvenzverwaltung, die *Familienfürsorge* ist insolvent, die *Mannheimer Versicherung* konnte die Insolvenz nicht mehr vermeiden, *18 weitere* Lebensversicherungen gelten als insolvenzgefährdet, und die übrigen *deutschen*

46 Ein Blick auf die Wertindustrie – z. B. *Flender, Lübeck*, oder die *Bauindustrie – Philipp Holzmann* – bestätigt die Einschätzung: Totalvernichtung statt übertragender Sanierung ist das Ergebnis des Wirkens von Insolvenzverwaltern, Regierungsstellen und Banken. Neuestes Beispiel: *Aero Lloyd*.

47 Deutschlands Unternehmen und Betriebe, vor allem das Handwerk, sind finanziell nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft in Zukunftsmärkte und Zukunftstechnologien zu investieren.

48 Die geschäftliche Verbindung der *Gontard & MetallBank AG* zur *Gold-Zack AG* und die Emissionsgeschäfte, vornehmlich am *Neuen Markt*, haben offenkundig zu einer Problemlawine geführt.



*Lebensversicherer* haben noch Liquiditätsreserven, die überwiegend noch *einige Wochen oder Monate* ihrer laufenden finanziellen Verpflichtungen betragen. Damit bietet sich dort dasselbe Bild wie bei der staatlichen Rentenversicherung.

**2.** 18 deutsche Lebensversicherer waren wenigstens so ehrlich, in der Öffentlichkeit zuzugeben, dass sie den so genannten *Stresstest*<sup>49</sup> der *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)* nicht bestanden hatten. 29 Versicherer verweigerten die Aussage, waren nach Expertenauffassung allerdings überwiegend ebenfalls durchgefallen<sup>50</sup>. 30 *deutsche* Lebensversicherer bestanden nach eigener Aussage den Test. In der *strengen Version* simulieren die Stresstests einen Absturz der Aktienmärkte um *35 Prozent* und der Rentenmärkte um *zehn Prozent*, jeweils gemessen von dem derzeitigen Wert, um das Anlagerisiko der Versicherer zu überprüfen. Lebensversicherer, die diesen Test nicht bestehen, können mit der aktuellen Kapitalausstattung keinen größeren Schock auf den Kapitalmärkten mehr verkraften. Bei der *Mannheimer Versicherung* würde ein Stehen bleiben des *Dax* bei unverändert 2.892 Punkten eine Verlustlage bedeuten, die mit ca. *250 Millionen Euro* zu beziffern wäre<sup>51</sup>. Die gesamte Lebensversicherungsbranche rang deshalb im *Juni 2003* um eine Sanierungs- und Auffanglösung, um einen katastrophalen Renommeeschaden für die gesamte Versicherungswirtschaft zu vermeiden und einen Domino-Effekt zu verhindern, aber diese Sanierungsbemühungen endeten in einem katastrophalen Fehlschlag.

**3.** Nicht bestanden haben den Stresstest die folgenden Lebensversicherer: **Rz 34**

*Aachener und Münchener Leben, Asstel, Axa Leben, Barmenia Leben, Bayerische Beamten Leben, DBV-Winterthur Leben, Deutsche Ärzteversicherung, Deutscher Ring Leben, Familienfürsorge, Gothaer Leben, HUK-Coburg Leben, KarstadtQuelle Leben, Mannheimer Leben, Neue Leben, Provinzial Leben Hannover, Provinzial Nord Leben, SV Sparkassen Vers L H-N-T, Victoria Leben*<sup>52</sup>.

49 Bei diesem Test simuliert die *BaFin* in der einfachen Version ein weiteres Absinken der Börsenkurse um 20 Prozent, um dann zu prüfen, ob die betreffende Lebensversicherung dann noch lebensfähig ist, d. h. ihre finanziellen Verpflichtungen auf Auszahlung der Garantiesummen noch erfüllen kann.

50 Der Spiegel Nr. 23 vom 02.06.2003, S. 77.

51 Der Spiegel Nr. 23 vom 02.06.2003, S. 77.

52 Angaben bei: Der Spiegel Nr. 23 vom 02.06.2003, S. 77.

- Rz 35** 4. Folgende Versicherer verweigerten die Antwort auf die Fragen nach dem Bestehen des Stresstestes:

*ARAG Leben, Bayern-Versicherung, Berlinische Leben, Concordia Leben, Cosmos, Deutsche Allgemeine LV, Deutscher Herold, DEVK Allgemeine Leben, DEVK Eisenbahn Leben, Gerling Konzern Leben, Hannoversche Leben, Inter Leben, Landeslebenshilfe, Leben Direkt, Münchner Verein Leben, Neckura Leben, Neue Bayerische Leben, Nürnberger Leben, Nürnberger Beamten Leben, Öffentliche L Berlin-Brandenbg., Pax Leben, PB Leben, PLUS Leben, Schweizerische Rentenanstalt D, Sparkassen Vers. L Sachsen, Stuttgarter Leben, SV Lebensversicherung B-W, Westfälische Provinzial Leben, Zürich Agrippina*<sup>53</sup>.

- Rz 36** 5. Sollten sich die Börsen nicht kräftig erholen, würden auch andere Lebensversicherungsgesellschaften mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten kämpfen müssen. Denn dann müssen Ende 2003 statt luftiger Buchwerte die tatsächlichen Marktpreise der Aktien in den Portfolios der Lebensversicherungen angesetzt werden. Die deutschen Wirtschaftsprüfer waren überwiegend nur noch bis Ende 2003 gewillt, solche „stillen Lasten“<sup>54</sup> in den Bilanzen zu dulden. In das Jahr 2004 lassen sich die Probleme aber nicht mehr verschieben. Die Lebensversicherer wollen deshalb die Bundespolitik überzeugen, mit einer Gesetzesänderung zu „helfen“. Ende 2003 ist die deutsche Bundesregierung den Wünschen der Lebensversicherungsbranche weitestgehend gefolgt und hat spezialgesetzliche Ausnahmevorschriften erlassen. Danach kann der Abbau so genannter „stiller Lasten“ in den Bilanzen bis auf fünf Jahre erstreckt werden<sup>55</sup>.

53 Angaben bei: *Der Spiegel* Nr. 23 vom 02.06.2003, S. 77.

54 Im Klartext heißt dies: Die deutschen Lebensversicherer wollen weiterhin die Bilanzen verfälschen und benötigen dazu die Erlaubnis der *Bundesregierung* oder des *Deutschen Bundestages*, zu erteilen durch ein Maßnahmengesetz oder durch eine konzertierte Aktion: Der Bundesverband der deutschen Wirtschaftsprüfer, das Justizministerium und die *BaFin* müssten sich über die „Auslegung“ von Bilanzregeln und Bilanzvorschriften für den Sonderfall der deutschen Lebensversicherer einig sein: Wer will dann noch den Vorwurf der *Bilanzfälschung* erheben?“

55 Andererseits darf man sich dann nicht mehr über Bilanzskandale wie bei *US-Energie*riesen *Enron* beklagen, denn die Vermögenswerte in den Bilanzen würden die reale Lage dann nur noch sehr eingeschränkt widerspiegeln. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die deutschen Lebensversicherungen ähnliche Symptome aufweisen wie die gesetzliche Rentenversicherung: Mögliche Liquiditätsreserven oder ein ausreichendes Anlagevermögen/geschützte Deckungsstöcke sind nicht mehr vorhanden.

6. Die grundlegend falsche Finanzpolitik der *deutschen Banken und Lebensversicherungen* bestand darin, sich in hohem Maße in *zwei riskanten Bereichen* der Vermögensanlage zu betätigen: auf dem nationalen und dem internationalen Aktienmarkt und auf dem Markt in- und ausländischer Immobilien. Die Anlageentscheidungen der Banken und Lebensversicherungen wurden überwiegend auf *falscher Grundlage* und ohne wirkliche Sachkompetenz getroffen; sie wirken sich heute als eine Kapitalvernichtung zum Nachteil der Bank- und Versicherungskunden aus, deren Wertpapierdepots und Immobilienbeteiligungen nur noch einen Bruchteil der Einstandswerte aufweisen. Die Größenordnung dieser Kapitalvernichtung sprengt jedes Vorstellungsvermögen<sup>56</sup>. Die Volkswirtschaft der *Bundesrepublik Deutschland* hat damit ihr Fundament verloren. Rz 37

#### D. Deutschlands Exportwirtschaft steht unter Druck: keine Entlastung gegen die Insolvenztendenzen

1. Der *Euro*, die zunächst argwöhnisch beäugte Gemeinschaftswährung, schwimmt gegenwärtig auf einer Erfolgswelle<sup>57</sup>, aber die Stabilität der Gemeinschaftswährung steht in völligem Widerspruch zu dem *Versagen* der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Kapitalanlegerschutzpolitik der Mehrzahl der europäischen Staaten. Außerdem hat die Stärke des *Euro* und die Schwäche des *US-Dollar* negative Rückwirkungen auf das Wirtschaftswachstum und den Beschäftigungsgrad der *europäischen Volkswirtschaften*, ganz vorne der *deutschen Volkswirtschaft*. Denn die Exporte verteuern sich aus deutscher Sicht um bis zu *20 Prozent*. In der *Bundesrepublik Deutschland* hängt aber *mehr als die Hälfte* der Wirtschaftsleistung *an den Ausfuhren*, doch die Gewinnmargen der Unternehmen im Exportgeschäft schrumpfen. Zu diesem Ergebnis gelangt eine neuen Studie des *Deutschen Instituts für Wirt-* Rz 38

56 Verlässliche Schätzungen gibt es nicht, aber die Gesamtsumme wird einen *dreistelligen Milliarden-Eurobetrag* ausmachen.

57 *Schmitt, Thomas*, Der Euro schwimmt auf einer Erfolgswelle, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 19 vom 11.05.2003, S. 48: Auf Grund des Zinsgefälles strömt Kapital aus den *USA* nach *Europa*. Deshalb ist der Kurs des *Euro* gegenüber dem *Greenback* gestiegen. Aber die europäischen Volkswirtschaften stagnieren, und der Export gerät durch den starken *Euro* unter Druck. Vgl. aber auch *Heeg, Thiemo*, „Die Profiteure der Euro-Stärke“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 41 vom 12.10.2003, S. 49.

*schaftsforschung (DIW) in Berlin.* Neben den direkten Exporten von Gütern und Dienstleistungen, die sich 2001 auf 596,8 Milliarden Euro beliefen, entfielen zusätzlich 452,4 Milliarden Euro indirekt auf den Außenhandel<sup>58</sup> – weil Branchen wie die Energiewirtschaft, der Handel und andere Dienstleister Vorleistungsprodukte herstellen, die mittelbar auch der Befriedigung der Auslandsnachfrage dienen. Diese „ausfuhrinduzierte“ Produktion trug 2001 nach Berechnung der Berliner Ökonomen 22 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei<sup>59</sup>. Auf die direkten Exporte entfielen weitere 29 Prozent<sup>60</sup>.

**Rz 39** 2. Von 1991 bis 2001 aber war die Exportwirtschaft ein *Jobmotor*: Unter dem Strich entstanden 743.000 neue Jobs. Fast 20 Prozent aller Arbeitsplätze hängen heute am Welthandel, vor zehn Jahren waren es nur 16,2 Prozent<sup>61</sup>. Dieser Jobmotor hat aber ausgesetzt. Die Unfähigkeit des deutschen Staats- und Politapparates, bestehend aus Verbänden, Gewerkschaften, Parteien und Interessenvereinigungen, *Deutschland* zu reformieren, kann auch die beste Exportwirtschaft auf die Dauer nicht verkraften. Es gibt in der Geschichte des Industriezeitalters kein Beispiel dafür, dass es eine Regierung geschafft hätte, mit der schlechtesten Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik die *weltweit beste Exportwirtschaft* so zu schwächen, wie dies in unserem Land geschieht<sup>62</sup>.

58 DIW (Berlin) Studie (2003).

59 Überproportional stark war das Wachstum im Dienstleistungsbereich. So konnten Datenverarbeiter und Hersteller von Datenbanken ihren Export *fast verzwanzigfachen*. Auf Platz eins der Exportwirtschaft liegt laut DIW inzwischen allerdings die *Automobilwirtschaft*. Sie hat den einst führenden Maschinenbau in den neunziger Jahren auf den zweiten Rang verwiesen, gefolgt von der Chemie-Industrie.

60 Weder die deutliche Aufwertung der *D-Mark* in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch die Einführung des *Euros* konnten die deutschen Ausfuhren bremsen. Trotz der steigenden Lohnkosten und der Aufwertung der Währung hat die deutsche Exportwirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel behalten und sogar noch ausgebaut. Zwischen 1991 und 2001 ist das Volumen der Ausfuhren von Gütern um 72 Prozent gestiegen.

61 Der Rückgang der Gewinnmargen, bedingt durch hohe Lohnstückkosten und einen zu hohen Kapitalzinsdienst für Fremdkapital, ist heute einer der Gründe für die deutsche Wachstumsschwäche.

62 Vgl. Tietz, Janko, Der Statistik-Trick, in: Der Spiegel Nr. 43 vom 20.10.2003, S. 98 ff. Zwar ist *Deutschland* nach elf Jahren wieder Export-Weltmeister, allerdings ohne reales Wachstum. Die Erfolgsmeldung verdankt die deutsche Wirtschaft ausschließlich dem starken Euro.

## Dritter Abschnitt

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und die Stimmungslage in der Wirtschaft als Folge der Globalisierung?

### I. Die galoppierende Arbeitslosigkeit

**A.** Die Zahl der Arbeitslosen hat sich ebenfalls ständig erhöht<sup>63</sup>. Dieser Status<sup>64</sup> charakterisiert die Fehlentwicklung in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und die Unfähigkeit der parlamentarischen Demokratie, Selbstreinigungsprozesse und Reformen in Gang zu setzen. Ein kurzfristiger Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt des Jahres 1999 auf 4.099.200 war ohne jeden Aussagewert. Im Januar 2003 waren 4,623 Millionen Menschen ohne Job<sup>65</sup>. Die Skandale um die Falschmeldungen bei den Statistiken der *Bundesanstalt für Arbeit* erzwangen den Wechsel im *Präsidentenamts* der *Bundesanstalt für Arbeit* und führten zu einer Neuordnung des Statistikwesens, aber keines der materiellen Probleme wurde angepackt. Rz 40

**B.** Auch heute bestehen Bedenken gegen die Richtigkeit des ständig präsentierten und variierten Zahlenmaterials, denn die Politik weiß um das Negativeimage der „*Nürnberger Statistik*“, und deshalb besteht ein latenter Hang zur Beschönigung der real existierenden Arbeitslosigkeit. Die *Bundesagentur für Arbeit* (früher: *Bundesanstalt*) rechnet seit *Februar 2003* mit einem weiteren Rz 41

63 Dies zeigt die Arbeitslosenstatistik der *Bundesanstalt für Arbeit* und deren Strukturanalyse (1996), S. 7, 117; *Anba* 11/97, S. 1569; *Anba* Arbeitsmarkt 1998, S. 16. Der neue Arbeitslosenrekord vom *Mai 2003*: 4,42 Millionen Einwohner ohne Arbeit. Der Zuwachs gegenüber *Mai 2002*: Rund 475.000 neue Arbeitslose; *Bundesanstalt für Arbeit*, Monatsbericht *Mai 2003*.

64 Für 1992: 2.894.178 Arbeitslose; für 1993: 3.447.070; für 1994: 3.493.319; für 1995: 3.521.044; für 1996: 3.848.499; für 1997: 4.308.000; für 1998: 4.279.287 Arbeitslose.

65 Eine Wende auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt mit 4,34 Millionen Arbeitslosen rund 400.000 mehr arbeitslose Bürger. Die Arbeitslosenquote lag damit bei 10,4 Prozent. Nach wie vor belastet die Konjunkturschwäche der deutschen Volkswirtschaft auch den Arbeitsmarkt. Keine Entwarnung gibt es auch auf dem Markt für Ausbildungsstellen: Bis zum Herbst 2003 fehlten (geschätzt) ca. 60.000–70.000 Lehrstellen. In *Hessen* bildet statistisch betrachtet nur noch jeder zweite Betrieb aus: Der Dauermangel an Lehrstellen ist vorprogrammiert.

Anstieg der Arbeitslosenzahlen für das *laufende Jahr 2003*<sup>66</sup>. Sie werde dann allerdings immer noch unter *fünf Millionen* liegen, so die Einschätzung des obersten Verwalters der deutschen Arbeitslosigkeit. Im *März 2003* würde die Arbeitslosenzahl wieder sinken. Doch genau das ist *nicht* eingetreten.

## II. Gefälschte Arbeitslosenstatistiken dokumentieren die Hilflosigkeit der deutschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

**Rz 42** D. Die Arbeitsämter in der *Bundesrepublik Deutschland* versuchen, die Arbeitslosenzahlen zu schönen, indem z. B. ältere Arbeitslose als „nicht arbeitsbereit“ erklärt werden. Damit fallen diese Arbeitslosen aus der Arbeitsstatistik. So ordnete das *Arbeitsamt Berlin-Mitte* an, die gesetzlichen Möglichkeiten, Arbeitslose als „nicht arbeitsbereit“ zu erklären, *offensiv* zu nutzen. Das *Arbeitsamt Berlin-Mitte* sieht darin eine „*Steigerung der Erfolgsquote*“ bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit<sup>67</sup>. Besser könnte die verquere Logik des Polit- und Beamtenapparates nicht demonstriert werden. Die Realitätsferne der *Bundesarbeitsverwaltung* ist ebenso erschreckend. In Wirklichkeit täuschen die Statistiken der *Bundesagentur für Arbeit* Daten und Werte vor, die mit der wirklichen Lage auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht mehr übereinstimmen<sup>68</sup>. Solche vorsätzlich geschönten Statistiken feiern die Bedienste-

66 Die Arbeitslosenquoten in den deutschen Großstädten: *Frankfurt am Main* 5,6 Prozent (Mai 2002) auf 7,1 Prozent (Mai 2003); *Darmstadt* 5,8 Prozent (Mai 2002) auf 6,9 Prozent (Mai 2003); *Hanau* 6,4 Prozent (Mai 2002) auf 7,2 Prozent (Mai 2003); *Offenbach am Main* 7,1 Prozent (Mai 2002) auf 8,6 Prozent (Mai 2003); *Wiesbaden* 6,4 Prozent (Mai 2002) auf 7,7 Prozent (Mai 2003); *Rhein-Main-Gebiet insgesamt* 6,1 Prozent (Mai 2002) auf 7,3 Prozent (Mai 2003); *Hessen Gesamt*: 6,8 Prozent (Mai 2002) auf 7,8 Prozent (Mai 2003); Zahlen in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 130* vom 06.06.2003, S. 57 (FAZ-Grafik-Kaiser). Der Bund plant, mehr Stellen bei den Arbeitsämtern zu schaffen und die Sozial- und Arbeitslosenhilfe zusammenzulegen. Insgesamt sollen von einem Betreuer 75 Arbeitslose in den so genannten „*Job-Centern*“ verwaltet werden. In *Deutschland* gibt es 4,3 Millionen Sozialhilfeempfänger, für die künftig die *Bundesanstalt* zuständig sein soll. Im *Bundeshaushalt* schlagen die zusätzlichen *Personalkosten* für diese Verwaltungsaufgaben mit ca. 760 Millionen Euro jährlich zu Buche.

67 Vgl. *Wirtschaftswoche Nr. 19* vom 01.05.2003, S. 13.

68 Auch hier zeigt sich eine Parallele zu den gescheiterten sozialistischen Volkswirtschaften: Die Funktionsunfähigkeit des Wirtschaftssystems wird von dem Polit- und Beamtenapparat durch Fälschung der Zahlen und Daten kaschiert.



ten der *Bundesarbeitsverwaltung* als „Erfolg“ bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber die Zahl der Arbeitslosen liegt ohne Schönfärberei vielleicht schon bei *sechs oder sieben Millionen*.

### III. Die Auswirkungen der Arbeitsplatzverluste auf die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland

**A.** Die unmittelbaren Arbeitsplatzverluste durch Unternehmensinsolvenzen betragen in der *Bundesrepublik Deutschland* im Jahr 1999 in den alten Bundesländern ca. 291.000 und in den neuen Bundesländern ca. 180.000<sup>69</sup>. Mittelbar sind die negativen Folgen um ein Vielfaches stärker, denn diese Tendenzen verstärken sich von Insolvenz zu Insolvenz, da es an der gegenläufigen Bewegung fehlt: Dazu müssten in einer gesunden, funktionierenden Volkswirtschaft gleichzeitig Hunderttausende neue Arbeitsplätze in Zukunftssparten entstehen. Gerade das ist aber nicht der Fall. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze findet seit etwa 2001 in der *Bundesrepublik Deutschland* so gut wie überhaupt nicht mehr statt. Selbst die führenden großen Technologiekonzerne bauen mehr Arbeitsplätze ab, als neue Beschäftigung geschaffen wird: ein *Teufelskreis* aus Liquiditätsknappheit, zusammengebrochenen Gewinnmargen, zementierten Fix-Kosten, Umsatzrückgängen und Entlassungen, welche die private Kaufkraft ständig schwächen. Die wirkliche Darstellung der Wirtschaftsdaten im Diagramm ähnelt immer mehr einer *Hystereseschleife*: Die Senkung der Leitzinsen stützt nicht mehr die Konjunktur, staatliche Arbeitsförderungsprogramme greifen nicht mehr, und die Rat- und Ideenlosigkeit der Staatspolitiker und Konzernlenker schlägt auf die Bevölkerung durch und lähmt den Wirtschaftskreislauf.

69 *Statistische Erhebung des Verbandes der Vereinten Kreditreform* NZI 01, S. 78. In Wirklichkeit ist die Zahl der Gesamtarbeitsplatzverluste aber deshalb höher, weil jede Unternehmensinsolvenz zu weiteren Reduzierungen der Bruttolohnsummen für die Arbeitnehmer der noch lebensfähigen Betriebe führt und hieraus der Kaufkraftschwund resultiert, der für die nächsten Insolvenzen verantwortlich ist.

**Rz 44 B.** Die Stimmungslage in *Deutschland* wird von einem um sich greifenden Ohnmachtsgefühl gekennzeichnet: Selbst die *Hiobsbotschaften* vom *Mai 2003*<sup>70</sup> lösten keinerlei Aufbäumen in der politischen Landschaft der *Bundesrepublik Deutschland* mehr aus – abgesehen von dem Aufruf des *BürgerKonvents e. V., Bonn*, der dem Verfassungsgrundsatz der direkten Demokratie durch *Bürgerentscheide*<sup>71</sup> und *Bürgerbegehren*<sup>72</sup> wieder mehr Geltung verschaffen will – eine Langzeittherapie, die eine Änderung des *Grundgesetzes* und hierfür qualifizierte Mehrheiten in den beiden parlamentarischen Häusern der *Bundesrepublik Deutschland* – dem *Deutschen Bundestag* und dem *Bundesrat* – voraussetzen würde<sup>73</sup>: Zeit, die der todkranke *Patient Bundesrepublik Deutschland* nicht mehr hat.

- 
- 70 Der *Offenbarungseid* des *Bundesfinanzministers*, den *Bundeshaushalt 2003* als Makulatur zur Seite legen zu können und die Rolle der *Bundesrepublik Deutschland* als Bittsteller bei der *EU*, wegen des Überschreitens der *Drei-Prozent-Grenze* des *Stabilitätspaktes* von *Maastricht* der Verhängung von *Milliardenbußgeldern* zu entgehen, hat keine politischen Kräfte zur Durchsetzung von Reformen freigesetzt: Im Gegenteil sind die Blockierer rund um die deutschen Gewerkschaften umso stärker auf den Plan getreten.
- 71 Das *Grundgesetz* kennt das Recht des *Bürgerentscheides* nicht. Der Einzelne ist auf das *Petitionsrecht* des *Art. 17 GG* beschränkt. Der *Bürgerentscheid* findet sich nur auf der kommunalpolitischen Ebene, vgl. § 8 *lit. b* der *Hessischen Gemeindeordnung i. d. F.* vom 01.04.1993 (*GVBl. II 331 -1-*).
- 72 Auch das *Bürgerbegehren* ist kein Bestandteil des *Grundgesetzes*. Dies bedeutet, dass das *Grundgesetz* dem Prinzip der unmittelbaren Demokratie feindlich gegenübersteht. Die Beschränkung auf die ausschließlich parlamentarische Demokratie entsprach der Vorstellung der drei Siegermächte, mit parlamentarischen Instanzen besser regieren zu können. Doch nach mehr als *50 Jahren* müssen die Elemente der unmittelbaren Demokratie gestärkt werden, weil sich die Parteien- und Verbändedemokratie Deutschlands als unfähig zu Reformen erwiesen hat.
- 73 Die Zulässigkeit von Verfassungsänderungen ist in *Art. 79 Abs. 1, Abs. 2 GG* im Detail geregelt: Danach ist die Zustimmung von *zwei Dritteln* der Mitglieder des *Bundestages* und zwei Drittel der Stimmen des *Bundesrates* erforderlich. Eine Abschaffung des föderalen Systems (Gliederung der *Bundesrepublik Deutschland* in Länder) und der Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung ist nach *Art. 79 Abs. 3 GG* unzulässig; vgl. die Kommentierung bei *Hain, Karl-E.* in *Mangoldt, Hermann von/Klein, Friedrich/Starck*, *Christian* (Hrsg.), *Das Bonner Grundgesetz (2001)* Art. 79 GG und *Lücke, Jörg*, in *Sachs, Michael* (Hrsg.), *Grundgesetz-Kommentar (2003)* Art. 79 GG.

## Vierter Abschnitt

### Die „zweite Rezession“

- I. Die Gefahr einer „zweiten“ Rezession des Arbeitsmarktes trifft die Bundesrepublik Deutschland im denkbar schlechtesten Zeitpunkt versäumter Reformen und verpasster Chancen
  - A. Das Gespenst der „zweiten“ Rezession kann durch Leitzinssenkungen nicht mehr vertrieben werden – die Rezession erweist sich gegen die klassischen Allheilmittel der Notenbanken als immun

**1.** Nach Auffassung von *Stephen Roach*, Chef-Volkswirt bei *Morgan Stanley*, steht der Weltwirtschaft für die Jahre 2003/2004 eine „zweite Rezession“ bevor: lähmendes Gift für den Arbeitsmarkt. Auch das schnelle Ende des *Irak-Krieges* hat, was neutrale Analysten nicht überraschte, nicht zu dem erhofften spürbaren Aufschwung geführt. *Roach* und andere fordern von den *nationalen Notenbanken* Leitzinssenkungen, um Investitionen und den privaten Konsum anzukurbeln, auch durch die *Europäische Zentralbank*<sup>74</sup>. Aber diese Maßnahmen allein, darüber sind sich die *Ökonomen* weitgehend einig, werden den Wirtschaftsmotor nicht wieder in Gang setzen. Unterschiedliche Eckdaten aus den verschiedenen nationalen Wirtschaftsräumen bestätigen die düstere Einschätzung:

**2.** Selbst die *Federal Reserve Bank of America* und die *EZB* können nicht genügend Liquidität für die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft zur Verfügung stellen. Die steigende Zahl der Insolvenzen und Gläubigerschutzverfahren hat die Zahl der Arbeitsplätze und das Volumen der sofort verfügbaren Liquidität (Bargeld und frei verfügbare Sichtforderungen) in einer Weise weltweit verknappert, dass inzwischen nicht nur von einer typischen Rezessionskrise gesprochen wird, die nach den bisher ehernen Regeln der globalen Volkswirt-

<sup>74</sup> Die Welt vom 12.04.2003, S. 12: *Roach*, der früher Mitarbeiter der *Federal Reserve Bank of America* war, zählt weltweit zu den einflussreichsten Ökonomen.

schaft<sup>75</sup> durch eine Hochkonjunkturphase<sup>76</sup> abgelöst wird, sondern vielmehr das „Gespenst einer weltweiten Dauerdeflation und Dauerrezession“ umgeht, und bislang haben weder die *Federal Reserve Bank of America (FED)*<sup>77</sup> noch die Weltbank noch der IMF einleuchtende Ideen entwickelt, wie dieses Gespenst vertrieben werden soll. Einkommen und Arbeitsplätze werden in der Weltwirtschaft derzeit nicht nur neu verteilt, sondern die absolute Summe der verteilbaren Arbeit und der Arbeitsplätze und das Volumen an Investitionskapital sind keine konstante Größe.

## B. Auch die US-amerikanische und die japanische Volkswirtschaft entwickelten keine für Deutschland spürbare Schubkraft

**Rz 47** 1. Die US-amerikanische Wirtschaft zieht zwar an, aber dies bedeutet für *Deutschland* immer noch keine ausreichende Schubkraft, denn die US-Amerikaner haben eigene volks- und staatswirtschaftliche Probleme zu lösen. Denn trotz wachsender Wirtschaft vergrößert sich das Haushaltsdefizit von einem Rekord zum nächsten. Damit besteht die Gefahr eines massiven Zinsanstiegs, der gegen die Aufschwungkräfte kontraproduktiv wirken würde<sup>78</sup>.

75 *Rezessionsphasen* sind der *bundesrepublikanischen* Wirtschaft nicht fremd: So kam es in 1967/1968 zu einer *Rezession*, deren Folgen allerdings rasch überwunden werden konnten: Der Grund dafür lag darin, dass die sozialen Sicherungssysteme und die für den Geldkreislauf verantwortlichen Wirtschaftsinstitutionen wie Banken und Versicherungen sich in einem überwiegend geordneten Zustand befanden. Davon kann in der beginnenden *Rezession 2003* keine Rede sein.

76 Die letzten Hochkonjunkturphasen der *deutschen* Volkswirtschaft sind bereits Historie. Auch die *Deutsche Einheit* führte zu keiner echten Hochkonjunktur, obwohl eine sich an den Marktgegebenheiten orientierende liberale Wirtschaftspolitik enorme Marktkräfte hätte freisetzen können.

77 Die international verfügbare Geldmenge und deren Verteilung werden weltweit in erster Linie von der *Federal Reserve Bank of America* gesteuert, die als mächtigste Notenbank weltweit auch über das Wohl und Wehe anderer Volkswirtschaften maßgeblich mitentscheidet. Öffentliche Erklärungen ihres Präsidenten *Alan Greenspan* sind deshalb wichtiger als Regierungserklärungen von Präsidenten oder Kanzlern. Aber deshalb ist die *Federal Reserve Bank* nicht der Verursacher von Wirtschaftskrisen: Entscheidungen der *FED* machen vielmehr nur transparent, wenn Wirtschaftskrisen bereits eingetreten sind, also die internationalen Kapitalzentren hierauf reagieren.

78 *Riecke, Torsten*, Haushaltsdefizit bereitet *George W. Bush* dauerhaft Probleme; in: *Handelsblatt Nr. 203* vom 22.10.2003, S. 9.

**2.** In *Japan* sind die Aktienkurse auf ein *neues Zwanzigjahretief* gesunken<sup>79</sup>. **Rz 48** Der *Nikkei*, der im Jahr 1984 mit ca. 10.000 Punkten gestartet und zwischen 1989 und 1990 auf 38.000 Punkte gestiegen war, steht in 2003 wieder an der Ausgangslage von 1983<sup>80</sup>. Der Grund dafür liegt darin, dass die großen Pensionsfonds Aktien auf den Markt werfen müssen, um *Unterbilanzen* zu vermeiden, *Deckungsstöcke* zu garantieren und Liquidität für Auszahlungen bereitzuhalten. Reduziert werden dabei insbesondere die *großen Paketpositionen*, also Aktientitel, die früher einmal einer hohen Nachfrage unterlagen, wie z. B. Standardwerte, die wir in *Deutschland* als „*Blue chips*“ bezeichnen würden<sup>81</sup>. *Japan* wird deshalb in unmittelbarer Zukunft keine Schubkraft für die internationale Weltwirtschaft entwickeln. Der deutsche Arbeitsmarkt kann also nicht auf die Schützenhilfe der Weltwirtschaft hoffen.

### C. Die Baisse des Dax scheint nach drei Jahren beendet, doch die Ursache hierfür ist nicht die eigene Wirtschaftskraft, sondern das massive Anziehen der Weltkonjunktur

**1.** Der *Dax* hat eine *dreijährige Baisse* (bis 2003) hinter sich<sup>82</sup>; auch für 2004 **Rz 49** ist keine Besserung eingetreten. Der Stand von ca. 4.000 Punkten entspricht dem Niveau von 1997. Seit Jahren hat es keinen nennenswerten Börsengang mehr gegeben. Im Sommer 2004 wird die Deutsche Postbank das einzige Unternehmen sein, das austesten wird, ob das Volk den Schock mit der „Volksaktie“ der Deutschen Telekom bereits verkraftet hat. Dass die deutsche Volkswirtschaft im II. Quartal über hohe Auftragseingänge aus dem Ausland eine Wiederbelebung in bestimmten Sparten erfahren hat, darf uns nicht abhalten, mit Nachdruck an der Erledigung ungelöster Hausaufgaben zu arbeiten. Dass der *chinesische Wirtschaftsraum* mit seinem Wachstums-Boom für volle Auftragsbücher in der Königsdisziplin des deutschen Maschinenbaus sorgt, dass

79 Die Welt vom 12.04.2003, S. 20.

80 Die Welt vom 12.04.2003, S. 20.

81 *Toyota, Sony, Toshiba, Ito-Jokato* und andere Namen der so genannten „*Japan AG*“.

82 Auch der Jahresendstand 2003 von ca. 3.900 Punkten kann nicht über die *Dauerschwäche* und über die grundlegende Abwärtstendenz – ähnlich wie beim *Nikkei* in den neunziger Jahren – hinwegtäuschen. Kurzfristige Ausschläge nach oben bedeuten deshalb *nicht* die Sanierung des Aktienmarktes in *Deutschland*. Die Wirtschaftspolitik muss also von der Vorstellung Abschied nehmen, mit bloßem Zuwarten und dem passiven Beobachten der Aktienkurse würde die deutsche Wirtschaft von selbst gesunden. Das ist nicht der Fall.

die deutsche Exportindustrie allgemein von der Erholung der Weltwirtschaft profitiert, dass die neutrale Haltung der Bundesregierung im Irak-Krieg den Export zusätzlich begünstigt, bedeutet eben nicht, dass Deutschland keine Konzeption einer Insolvenzprophylaxe benötigen würde. Im Gegenteil dürfen diese Vorteile, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der so genannten „Globalisierung“ zu betrachten sind, nicht davon ablenken, wie sehr Deutschland mit der Lösung seiner hausgemachten Probleme in Zeitnot geraten ist. Ein Wohlstand für alle im Sinne Ludwig Erhards ist allein über eine prosperierende Exportwirtschaft nicht zu halten. Die Exporterlöse und die Überschüsse in der Leistungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft dürfen nicht dazu führen, sich Zeit bei der Beseitigung der Schwachstellen unseres ökonomischen und politischen Systems zu lassen. Deutschland muss die Hochkonjunktur der Weltwirtschaft im Gegenteil zu einem beschleunigten Umbau der Staatsfinanzen und des ökonomischen Systems nutzen. Die Börsen stellten mit der *Baisse* Rekorde auf<sup>83</sup>. Bis auf weiteres bleiben große Teile des deutschen Anlegerpublikums sind dauerhaft verschreckt: Der *Herbst 2002* ist noch nicht vergessen, als die *deutsche* Wirtschaft, allen voran die *Deutsche Börse* und die Finanzdienstleister, ein Fiasko ungeahnten Ausmaßes erlebten<sup>84</sup>. Nach Auffassung

83 Die *Baisse* stellt Rekorde auf, vgl. Börse online Nr. 41 vom 02.10.–20.20.2002, S. 7, und gewinnt zunehmend an Tempo. Der *Abwärtstrend* hat die Märkte im Griff., vgl. Börse online Nr. 41 vom 02.10.–10.10.2002, S. 21. In welchem Zustand sich die US-Börsen befinden, zeigt sich daran, dass viele US-Unternehmen zu der Methode des *Reserve Split* greifen müssen, um der Entziehung der Börsenzulassung zu entgehen. Das US-amerikanische Börsenrecht sieht vor, dass Unternehmen, deren Aktie längere Zeit *weniger als ein US-Dollar* wert ist, die Börse verlassen müssen. Die Reaktion der Unternehmen besteht darin, mehrere Aktien zu einer Aktie zusammenzufassen, um über die *Ein-Dollar-Grenze* zu gelangen. Die Börsenzulassung des Unternehmens wird also mit einem „*Taschenspielertrick*“ gehalten.

84 Beck, Hanno, „Dax-Fiasko im Herbst“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 40 vom 06.10.2002, S. 43; Bergius, Susanne, „Weg mit dem falschen Glanz; in: Handelsblatt Nr. 201 vom 18.10.2002, [http://www.handelsblatt.com/hbiwwangebot/fn/rehbi/sfn/cn\\_artikel\\_drucken/struci](http://www.handelsblatt.com/hbiwwangebot/fn/rehbi/sfn/cn_artikel_drucken/struci); „Krankenkassen erhöhen Beiträge im Eiltempo“, in: Die Welt vom 06.11.2002, S. 10; „Deutsche Bank verkauft Conti und ihre Wertpapierdienste“, in: Die Welt vom 06.11.2002, S. 14; „Panikgipfel der Krankenkassen in Berlin“, in: Die Welt vom 02.11.2002, S. 1; „Telekom streicht 55.000 Stellen bis zum Jahr 2005“, in: Die Welt vom 09.10.2002, S. 21; „Ausverkauf bei Bank-Aktien: Dax stürzt unter 2600“, in: Die Welt vom 09.10.2002, S. 1; „Euro-Staaten rücken vom Stabilitätspakt ab“, in: Die Welt vom 09.10.2002, S. 11; „Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter kritisch“, in: Die Welt vom 09.10.2002, S. 12; „Telekom streicht weltweit bis zu 55.000 Stellen“, in: Die Welt vom 09.10.2002, S. 13; „Bankkrise reißt den Dax in die Tiefe“, in: Die Welt vom 09.10.2002, S. 17; „Gewinnwarnungen drü-



des *IWF* sind die *deutschen Banken* nach wie vor in einer „kritischen Lage“<sup>85</sup>. Aus diesem Grunde hat die *IWF* eine massive Reform des *deutschen* Bankwesens gefordert. Hierzu gehören insbesondere eine starke Konsolidierung innerhalb der Branche, die Reduzierung von Lohnkosten, eine *höhere Transparenz* und eine schnellere Information über den finanziellen Status der Banken, um kurzfristige Notlösungen zu ermöglichen. Die *IWF* sieht hohe Kredite der Unternehmen aus dem Zeitrahmen der neunziger Jahre als *gefährdet* an. Die Banken würden über zu viele Filialen verfügen, einen zu hohen Personalbestand beschäftigen und seien weniger im Broker-Geschäft aktiv. Der Arbeitsmarkt sei nicht flexibel; überzählige Mitarbeiter könnten nicht abgebaut werden.

#### D. Der Zustand der Deutsche Bank AG als vormaliger Institution am Kapitalmarkt Frankfurt am Main: ein Abglanz einstiger Größe

Die *Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main*, hat im *ersten Quartal 2003* einen Nettoverlust von *200 Millionen Euro* erlitten<sup>86</sup>. Der Verlust beruht auf *milliardenschweren Abschreibungen* notleitender Investitionen und Beteiligungen. Damit ist bereits das *dritte Quartal* in Folge bei der *Deutsche Bank AG* im Ergebnis „rot“. So musste die *Deutsche Bank AG* ihre Beteiligung an der *Gerling Versicherung* total ausbuchen<sup>87</sup>. Als Folge der Quartalszahlen 2003 verlor die *Deutsche Bank-Aktie* knapp *drei Prozent*. Die Analysten *WestLB Panmure* und von der *WestLB* stuften die *Deutsche Bank-Aktie* von „outperform-

Rz 50

cken Dax – Allzeittief im Nemax“, in: *Die Welt* vom 05.10.2002, S. 11; „Deutschland droht „Mini-Rezession“ – Deutsche Bank AG senkt Konjunktur-Prognose – überraschend positive Arbeitsmarktdaten aus den USA“, in: *Die Welt* vom 05.10.2002, S. 9; „Bittere Minuswoche für Börsianer“, in: *Die Welt* vom 05.10.2002, S. 21; „Telekom beschleunigt Abbau von 30.000 Stellen bis 2005“, in: *Die Welt* Nr. 231 vom 04.10.2002, S. 16; *Donlan, Thomas G.*, „Moralischer Bankrott“, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 41 vom 03.10.2002, S. 174 f.; *Externbring, Holger*, „Null Vertrauen“, in: *impulse* 9/2002, S. 32 ff.; „Deutsche Telekom, ... und du bist weg“, in: *Focus Money* Nr. 45 vom 31.10.2002, S. 15; „Schlimmer geht's nimmer“, in: *Focus* vom 12.08.2002, Nr. 33, S. 142; „Schwäche dauert an“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 258 vom 06.11.2002, S. 12; „Unter britischen Ökonomen verstärkt sich die Euro-Skepsis“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 258 vom 06.11.2002, S. 12.

85 *Die Welt* vom 12.04.2003, S. 12.

86 „Deutsche Bank überrascht mit roten Zahlen im ersten Quartal“, in: *Handelsblatt* Nr. 80/17 vom 25./26.04.2003, S. 1.

87 A. a. O., S. 1.

mer“ auf „neutral“ herab. Diese Vorgehensweise hat den Druck auf die *Deutsche Bank AG* und parallel auf die *Commerzbank AG* und die *Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG* verstärkt, dort überfällige Abschreibungen ebenfalls vorzunehmen. Alle diese Bankhäuser peilten offiziell für 2003 „schwarze Zahlen“ an, was in den wenigsten Fällen gelang. Auch heute ist nicht geklärt, ob das Abschreibungsvolumen wirklich bereits bewältigt ist<sup>88</sup>. Die großen deutschen Geschäftsbanken sind weiterhin Übernahmekandidaten auf dem Weltmarkt der Finanzdienstleistungsindustrie – die keiner mehr haben will.

### E. Der Dow Jones setzt zu wenig Impulse für die Wiedergesundung der Weltwirtschaft

**Rz 51** Die *Wallstreet* bewies gegen die weltweiten Aktienbaisse und die Rezessionstendenzen der Weltwirtschaft die höchste Resistenz: Zwar gab auch der *Dow Jones* zwischen den Jahren 2000 und 2002 nach, doch obwohl die *US-Wirtschaft* vom 11.09.2001 im Herz getroffen schien, konnte sie die negativen ökonomischen Folgen des Terrors des *El-Quida*-Netzwerkes am besten verkraften. Die Wachstumswahlen in den *USA* und die positiven Prognosen für die Jahre 2004/2005 sind gegenwärtig die Hoffnungsträger der Weltwirtschaft. Dennoch ist auch hier Vorsicht geboten. Denn die *US-Wirtschaft* ist keineswegs so robust gegen Rezessionstendenzen, wie dies in der Wirtschaftspresse häufig dargestellt wird.

### F. Der Boom in China setzt sich fort – kann aber die Weltkonjunktur nicht anschieben

**Rz 52** Trotz des Grippe-Virus *Sars* boomt *Chinas* Wirtschaft so wie in den letzten Jahren auf hohem Niveau mit außergewöhnlich hohen Steigerungsraten. Die *chinesische* Wirtschaft wird wegen der generalstabmäßig organisierten Abwehrmaßnahmen der Gesundheitsbehörden gegen *Sars* zwar kleinere Einbußen in der *Dynamik des Wirtschaftsprozesses* hinnehmen müssen und auch *China* drohen noch andere konjunkturhemmende Einflüsse als *Sars*, doch werden die riesigen Wachstumsmärkte und die damit verbundenen Wachstumskräfte ihre Wirkung dauerhaft entfalten. Für die *Bundesrepublik Deutschland*

---

88 Vgl. Handelsblatt Nr. 80/17 vom 25./26.04.2003, S. 1.

ist *China* zu einem *wichtigen Exportpartner* geworden. Die *deutsche* und die *europäische* Exportwirtschaft müssen alle Wachstumsmöglichkeiten auf diesem unbestrittenen größten Wachstumsmarkt der Erde wahrnehmen. Aber allein durch die Intensivierung dieser traditionell guten politischen und wirtschaftlichen *chinesisch-deutschen* Beziehungen kann die *deutsche* Wirtschaft nicht wiedergesunden, und der Export in den asiatischen Raum kann Fehler der nationalen Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht ausmerzen. Um wieder Wachstum in den heimischen Regionen zu erzeugen ist mehr erforderlich als eine auf *Asien* und *China* ausgerichtete Außenwirtschaftspolitik.

## II. Die internationale Schuldenkrise und die Rückwirkungen auf die deutsche Banken- und Aktienlandschaft

### A. Das Gespenst der Deflation können auch die G7(G8)-Gipfeltreffen nicht vertreiben

Dass die *Weltwirtschaft* durch eine *schwere Schuldenkrise* gelähmt ist, war Gegenstand der Beratungen der *G7-Staaten* und des *Finanzminister-Komitees* des *Internationalen Währungsfonds (IWF)* Ende September 2002 in *Washington*. Diese Beratungen wurden von dem „*Gespenst der Deflation*“ begleitet<sup>89</sup>, das immer noch nicht vollständig gebannt ist. Im Gegenteil haben sich die Indikatoren einer Deflation in 2003 immer mehr ausgeprägt. 2004 gibt es zwar Zeichen der Hoffnung, aber die Explosion der Rohstoffpreise, insbesondere bei den Energieträgern Rohöl, Steinkohle, Uran, Erdgas u. a., hat eindeutig negative Auswirkungen. Der Verbraucher wird noch mehr verunsichert: Pkw-Maut, autofreie Sonntage, der Benzinpreis usw. Wer hat noch den Optimismus zu investieren? Mitten in dieser Diskussion wurde die Forderung nach einem *IWF-Insolvenzverfahren* für *zahlungsunfähige* Staaten aufgeworfen<sup>90</sup>. Die Banken der westlichen Industriestaaten wehren sich begrifflicherweise weitgehend gegen die damit verbundenen „*tiefen Eingriffe in Eigen-*

Rz 53

89 Wagner, Wieland, „Der Bundeskanzler entdeckt die Realität“, in: *Der Spiegel* Nr. 40 vom 30.09.2002, S. 8; „Stunde der Wahrheit“, in: *Der Spiegel* Nr. 40 vom 30.09.2002, S. 24.

90 Die Welt vom 30.09.2002: „IWF will Staaten den Konkurs ermöglichen“. Der IWF hat an drei internationalen Brandherden gleichzeitig zu kämpfen: *Argentinien, Brasilien* und die *Türkei*. *Brasilien* ist „von der Krise gebeutelt“, *Börse online* Nr. 41 vom

tumsrechte“, doch scheinen gegenwärtig keine anderen Instrumentarien zur Verfügung zu stehen, um die *Überschuldungsproblematik* in der Dritten Welt und in den Schwellenländern zu lösen. Jedenfalls steht fest, dass die Kapitalgeber in den westlichen Industriestaaten *Milliardensummen an US-Dollar* werden abschreiben müssen. Die Mehrheit der Staaten im IWF hat deshalb grundsätzlich zugestimmt, ein *multilaterales Schuldenabkommen* zu schaffen<sup>91</sup>.

## B. Wann sinkt Deutschland auf das Niveau eines Schwellen- oder Entwicklungslandes?

**Rz 54** Das reiche *Deutschland*<sup>92</sup> befindet sich in der Gefahr, schon bald nicht mehr auf der Seite der *Kapitalgeberländer* zu stehen, die beurteilen und entscheiden, was mit zahlungsschwachen Dritte-Welt-Staaten geschehen soll. Wie lange will die *deutsche* Bundesregierung mit den überfälligen Reformen des Arbeitsmarkt-, Sozial- und Kapitalmarktrechts noch warten, wie viele *weitere Zigar-Milliarden Euro* müssen noch in den Aktienmärkten und auf der Ebene eines anscheinend nicht einzudämmenden Staatskonsums vernichtet werden, bis sich die Erkenntnis durchsetzt, dass weder der *deutsche Staat* noch die *deutsche Volkswirtschaft* automatisch *immun* gegen eine Staatsüberschuldung sind, die irgendwann einmal zu der Frage einer *Staatsinsolvenz* führen wird? Wollen wir in *drei oder fünf Jahren* selbst zu denjenigen Staaten gehören, über die

---

02.10.-10.10.2002, S. 21. Der *Internationale Währungsfonds IWF* hat zwar weitere Kredite gewährt, aber der Schuldenstand von *335 Milliarden US-Dollar* lähmt die *brasilianische* Wirtschaft.

91 [http://www.diepresse.at/detail/print.asp?channel=c&ressort-ei&ids-312556\\*1/2](http://www.diepresse.at/detail/print.asp?channel=c&ressort-ei&ids-312556*1/2).

92 Das Vermögen der *Bundesbürger* beträgt (Ende 2002) ca. *3.958 Milliarden Euro* und teilt sich wie folgt auf: *Bankeinlagen: 1.262 Milliarden Euro, Rentenzertifikate: 358 Milliarden Euro, Aktien: 337 Milliarden Euro, Investmentzertifikate: 433 Milliarden Euro, sonstige Beteiligungen: 138 Milliarden Euro, Auslandsvermögen 1.030 Milliarden Euro, Schwarzgeld (geschätzt): 400 Milliarden Euro*, zitiert bei Schäfer, Ulrich/Reuter, Wolfgang, „Griff ins Depot“, in: *Der Spiegel* Nr. 43 vom 21.10.2002, S. 100, Quellen: *Bundesbank, Bundesfinanzministerium*. Die *Bundesbürger* werden die *Börse* allerdings in absehbarer Zeit meiden: Gerke, Wolfgang, „Neues Vertrauen wird auch wieder Anleger locken“, in: *Handelsblatt*, Nr. 194 vom 09.10.2002, S. B 1 ist wohl eher eine Illusion. Die Diagnose: Die gesamte „*Deutschland AG*“ steckt in einer *Bonitätskrise*, doch die geforderten *Reformen* sind gegenwärtig *nicht* in Sicht. Die Folge ist eine Kapitalflucht riesigen Ausmaßes, vgl. dazu Kusitzky, Alexandra/Schürmann, Christof/Schwerdtfeger, Heike/Seibel, Karsten, „Kapitalflucht“, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 43 vom 17.10.2002, S. 146 ff.

als Kandidaten für die Anwendung des neuen *IWF-Insolvenzrechts* diskutiert wird? Wenn nicht, müssen Reformen eingeleitet werden, die den höchsten Schmerz bei der *Politiker- und Funktionärsschicht* selbst bereiten, es dann aber auch erträglicher machen werden, die vielen direkt das Volk betreffenden Einsparungsmaßnahmen durchzuführen.

### C. Die deutsche Volkswirtschaft und die Weltwirtschaft in der „Liquiditätsfalle“; die Banken- und Versicherungskonzerne in der „Wertefalle“

#### 1. Die Geldmengenpolitik als Steuerungsinstrument hat versagt

Die Gefahr, in der sich die *deutsche Volkswirtschaft schon jetzt* befindet, wird bei einem Blick auf die *japanische Volkswirtschaft* deutlich: Dort verlangt die *staatliche Notenbank* seit *Frühjahr 1999* faktisch *keine Zinsen* mehr – ohne Erfolg und ohne Erfolgsaussichten auf ein Anspringen des Konjunkturmotors. Die Wirtschaft schrumpft trotz niedrigsten Zinsen, und es herrscht *Deflation*. Auch den *USA* könnten „*japanische Verhältnisse*“ drohen. Für die Nationalökonomien ist erschreckend, dass die Geldmengenpolitik ohnmächtig geworden ist, Impulse für das Wirtschaftswachstum zu setzen<sup>93</sup>. Der *Monetarismus*<sup>94</sup>, jahrzehntelang als nationalökonomische *Erfolgstheorie* der *westlichen* Industriegesellschaften gegen Stagnation und Rezession gefeiert, droht zu einem Desaster für die westlichen Industriegesellschaften zu werden. Die Steuerung von Leitzinsen, Diskont- und Lombardsätzen, Geldmengen und die reglementierte Versorgung der Landeszentralbanken mit „frischem Geld“ scheint nicht mehr auf die Konjunktur durchzuschlagen und scheint zu bestätigen, dass es das *regelkybernetische Schema* gar nicht gegeben hat, mit dem angeblich über die Geldmenge die Investitionsentscheidungen von Staat und Wirtschaft und über diese Investitionsentscheidungen der Arbeitsmarkt und der private Konsum gesteuert werden konnten.

93 Vgl. [http://www.zeit.de/2001/47/Wirtschaft/200147\\_argument.html](http://www.zeit.de/2001/47/Wirtschaft/200147_argument.html) vom 30.09.2002.

94 Der *Monetarismus* versteht die Abläufe in der Volkswirtschaft durch die Geldmenge und durch die Geldpolitik gesteuert.

## 2. Der Werteverfall in den beiden Säulen des Volksvermögens: Immobilien und Aktien ruinieren das Wachstum

**Rz 56** a) Stattdessen sind es andere Begriffe, welche die öffentliche Diskussion prägen: Der *Werteverfall* bei gewerblichen Immobilien, Wohnimmobilien, ja Immobilien aller Art in *Deutschland* hat die kreditgewährenden Banken mit dem Problem eines Wertezusammenbruches ihrer Sicherheiten konfrontiert; Fachleute sprechen von der „*Wertefalle*“, in abgewandelter Form aber auch von der *Liquiditätsfalle*, denn der Werteverfall trifft in erster Linie nicht die Banken, sondern die Kreditkunden und damit Groß- und Kleinunternehmen, den Mittelstand und den Privaten gleichermaßen. Da ein großer Teil des Volksvermögens in kreditbelasteten Immobilien angelegt ist, bedeutet dies bei den Wertabschlägen, die allein der deutsche Immobilienmarkt in den letzten fünf Jahren zu verzeichnen hatte, einen Verlust an *Liquidität* in *zwei- bzw. dreistelliger Milliardenhöhe*.

**Rz 57** b) Die Banken müssen wegen der Verschlechterung der Immobilienwerte bei vielen Bankkunden *Nachbesicherungen* verlangen, die diese nicht mehr erbringen können; zusätzlich und dringend benötigte Kredite können in der Besicherung auf die im Wert geminderten Immobilien nicht mehr abgestellt werden. In Hunderttausenden von Fällen hat die negative Marktentwicklung der letzten fünf Jahre die Tilgungssparleistungen des Volkes aus *20 Jahren* mehr als aufgesaugt.

Die Idee, einen Volkswohlstand über die kreditfinanzierte Immobilie, über den Bausparvertrag und die Reihenhaushypothek zu erreichen, ist für Millionen von Bundesbürgern zu einem Albtraum geworden<sup>95</sup>, der unweigerlich in die Überschuldung und die Privatinsolvenz führt. Die Zahlen der Zwangsversteigerungen derartiger Immobilien sind sprunghaft gestiegen. Der erschwerte Zugang zu neuen Krediten, auch und gerade für Investitionszwecke, dank *Basel II* und anderer Restriktionen, hat neue Investitionen erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Hier wird sich die Frage stellen, ob die Kooperation der deutschen Wirtschaftspolitik mit einer einseitig auf die deutsche Immobilie ausgerichteten Branche (Bau, Finanzierung, Vertrieb) nicht schon Mitte der *neunziger Jahre* hätte gänzlich umgestaltet werden müssen und welche Maß-

95 Hunderttausende so genannter Immobiliensparer in *Deutschland* sind davon betroffen.



nahmen heute erforderlich sind, um die Kapitalverkehrsströme gezielter auf wirkliche Wachstumsmärkte mit Zukunftschancen zu lenken.

c) Die Banken sind also in eine „Wertefalle“ geraten, denn der Wert ihrer Kreditsicherheiten und die Kurse der wichtigsten *Banktitel* befinden sich ebenfalls in einem *rasanten Abwärtstrend*<sup>96</sup>. *Fusionen* und *Beteiligungen*, sonst ein Instrument kräftigen Wachstums, haben sich als Mittel einer *Milliardenkapitalvernichtung* herausgestellt; die überwiegende Zahl der Kreditinstitute arbeiten nicht mehr kostendeckend<sup>97</sup>. Umso mehr kommt der *effektiven Durchsetzung des Vertrauensprinzipes* in allen Bereichen der Volkswirtschaft, vor allem an den *Aktien- und Börsenmärkten*, eine *zentrale* Bedeutung zu, wenn der Weg aus der „*Liquiditätsfalle*“ und aus der „*Wertefalle*“ gesucht wird<sup>98</sup>.

96 Zu dem *Teufelskreis* aus *Börsenhysterie, Kurseinbrüchen, Deflationsgefahr, Rezession* und dem Zusammenbruch der *Schneeballsysteme* der Banken: *Pauly, Christoph/Reuter, Wolfgang*, „Kassieren und abhauen“, in: *Der Spiegel Nr. 42* vom 14.10.2002, S. 94 ff.; *Dönch, Uli/Euler, Christian/Johann, Bernd/Körner, Andreas*, „Reinigendes Gewitter“, in: *Focus Nr. 42* vom 14.10.2002, S. 190 ff. Den Beginn einer tief greifenden Bankeninsolvenzwellen markieren: die *Gontard & Metallbank AG*, die *Schmidt-Bank*, das *Bankhaus Partin*, die *Berliner BKMU*, die *Online-Broker Sustracom*; *Fischer, Malte*, „Die Zeichen stehen auf Abschwung“, in: *Wirtschaftswoche Nr. 37* vom 05.09.2002, S. 40 f.

97 *Ulrich Cartelieri*, Vorstand der *Deutsche Bank AG*, hatte bereits 1990 vorausgesehen, dass den Banken das gleiche Schicksal wie der Stahlindustrie drohe; vgl. *Linn, Norbert/Krotsch, Steffen/Riese, Cornelius*, Vorwort – Der versteckte Niedergang, in: *Banken in der Wertefalle* (2002). S. 7; *Baron, Stefan*, „Totale Niederlage“, in: *Wirtschaftswoche Nr. 43* vom 17.10.2002, S. 3: Der glorreiche Sieg um die *Deutsche Einheit* droht in einer totalen wirtschaftlichen Niederlage zu münden, die jahrzehntelange wirtschaftliche Vorherrschaft *Deutschlands* auf immer abhanden gekommen.

98 Zum „versteckten Niedergang des Bankensystems“: *Linn, Norbert/Krotsch, Steffen/Riese, Cornelius*, in: *dies.*, *Banken in der Wertefalle* (2002) S. 7. Als Lösung des Problems schlagen *Linn/Krotsch/Riese* ein *Wachstumskonzept* vor, das von der Erkenntnis ausgeht, dass nur ein rentables und dauerhaftes Wachstum wertsteigernd ist und deshalb die Betrachtung wieder mehr auf das *Customer Relationship Management* zu richten ist; vgl. *Krotsch, Steffen*, Wachstum durch Customer Relationship Management, in: *Linn, Norbert/Riese, Cornelius/Krotsch, Steffen*, *Banken in der Wertefalle* (2002), S. 183 ff.; zu den aktuellen Börsenbilanzen der *500 Topkonzerne in Europa* und deren Standing: *Hetzer, Jonas/Palan, Dietmar/Papendick, Ulric*, „Vom Winde verweht“, in: *managermagazin*, 32. Jahrgang 11/2002, S. 144 ff.

### 3. Unternehmen und Konsumenten sind in die Liquiditätsfalle geraten

**Rz 59** Doch nicht nur die Unternehmen und die Privaten, auch die *Bundesrepublik Deutschland* befindet sich bereits in der so genannten „*Liquiditätsfalle*“<sup>99</sup>. Denn die *deutsche* Bundesregierung ist *partiell zahlungsunfähig* geworden. Das zeigt sich darin, dass *Deutschland* seine völkervertraglich begründeten Rechtspflichten – seien es die Verpflichtungen zur Beschaffung von Wehrgerät wie dem *Euro-Transporter* als Nachfolge für die veralteten Transall-Maschinen der *Bundeswehr*, seien es die Verpflichtungen zur Einhaltung der Stabilitätskriterien des *EU-Maastricht-Vertrags* – nicht mehr erfüllen kann. Auch wenn es in der deutschen aktuellen politischen Diskussion niemand wahrhaben will: *Deutschland* ist zum Bruch völkerrechtlicher Verträge verdammt, weil es in den letzten beiden Jahrzehnten eine falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben hat. Von dieser Kritik sind die konservativen Parteien in *Deutschland* nicht ausgenommen, denn es ist weniger die klassische Frage nach dem Grad der Treue zur Idee der Marktwirtschaft als das Problem, in welchem Maße sich Regierung und Parteien gegen Partikularinteressen von Verbänden durchsetzen können. Die *deutsche* Wirtschafts- und Sozialpolitik hat bewusst aus dem eigenen Wirkungs- und Beobachtungskreis ausgeblendet, dass das *Vertrauensprinzip*<sup>100</sup> zum Hauptfaktor einer funktionierenden Volkswirtschaft geworden ist und dieses Vertrauen nicht beliebig geschaffen oder verstärkt werden kann.

99 Unter „*Liquiditätsfalle*“ wird der Zustand bezeichnet, in dem die *staatliche Geldpolitik* weder reale noch nominale Zinssätze beeinflussen kann. Dies bedeutet, dass sich selbst dann kein Wirtschaftswachstum mehr ergibt, wenn die staatlichen Notenbanken die Geldmenge erhöhen. Für alle Haushalte, die verschuldet sind, ist *Deflation* deshalb besonders gefährlich, weil die *Deflation* von Jahr zu Jahr die Schulden erhöht. Die *japanische Nationalbank* steht vor dem Problem, *Inflation* zu erzeugen. *Inflation* entsteht erst dann, wenn die Verbraucher heute Produkte ordern, weil sie der Auffassung sind, künftig *höhere Preise* für die Produkte zahlen zu müssen, und Kredite für die Beschaffung von Waren eingegangen werden, weil die Kunden auf eine positive Marktentwicklung vertrauen.

100 Zur zentralen Bedeutung des Produktionsfaktors „Vertrauen“ *Kaden, Wolfgang*, „Wer einmal ... Die Vertrauenskrise hat die Volkswirtschaften nach unten gerissen“, in: *managermagazin* 32. Jahrgang 11/2002, S. 5. Danach haben die Aktienoptionsprogramme der großen *Dax-Unternehmen* das Prinzip des *Shareholder Values* in die Selbstbereicherung der Vorstände umgekehrt. Die *Deutsche Telekom AG* ist das Paradebeispiel für Bereicherung von Staat und Vorständen auf Kosten der Aktionäre; über das *Missmanagement* als wesentliche Ursache der Wertvernichtung: *managermagazin* 11/2002, S. 146: „Falsche Propheten“.

#### 4. Statt japanischer Rezession auch noch argentinische Verhältnisse als Steigerung des Horrorszenarios?

a) Die *Bundesrepublik Deutschland* befindet sich bereits in einem kaum mehr kontrollierbaren Abwärtsstrudel, der ihre Volkswirtschaft in eine ähnliche dauerhafte Abwärtsbewegung<sup>101</sup> hineinziehen könnte, wie sich dies in den vergangenen zehn Jahren in der *japanischen Volkswirtschaft* schmerzlich gezeigt hat. In der japanischen Volkswirtschaft haben Stagnation und Rezession zu einer akuten Insolvenzgefährdung des *Banken- und Versicherungssystems* geführt. Mit Blick auf die deutsche Wirtschaft sprechen NationalökonomInnen bereits von dem „*Japan-Syndrom*“<sup>102</sup>. Dort geht eine Schrumpfung der Wirtschaft mit einer Stagnation des Konsums einher. Trotz sinkender Preise und niedrigster Zinsen hat sich die *japanische* Wirtschaft immer noch nicht erholt<sup>103</sup>. Rz 60

Die *deutsche Volkswirtschaft* darf nicht ebenfalls in den *Teufelskreis* aus fallenden Preisen und sinkender Nachfrage geraten, der eine Volkswirtschaft nahezu unaufhaltsam in die Tiefe ziehen kann<sup>104</sup>. *Deutschland* weist bereits im Aktienindex *Dax* den größten Rückgang seit dem 01.01.2002 innerhalb der großen Volkswirtschaften auf<sup>105</sup>. Diese Zahlen kennzeichnen die Dramatik der Situation. Die Zeit der „*Top-Stars*“ in der Aktienwelt ist endgültig zu Ende gegangen, nicht erst seit *Ron Sommer* den Vorstandsvorsitz bei der *Deutsche Telekom AG* verlassen musste. Auch in der gesamten *Bankenwelt* findet ein

101 „Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter kritisch“, in: Die Welt vom 09.10.2002, S. 12; *Wirtschaftswoche Nr. 37 vom 05.09.2002*, S. 40: „Trostloser Arbeitsmarkt“.

102 *Reuter, Wolfgang*, „Das Gespenst der Deflation“, in: *Der Spiegel Nr. 40 vom 30.09.2002*, S. 89.

103 *Reuter, Wolfgang, a. a. O.*; *OECD-Schätzung von 2002*.

104 *Wagner, Wieland*, in: *Der Spiegel Nr. 40 vom 30.09.2002*. Inzwischen befindet sich auch der Messeplatz *Bundesrepublik Deutschland* im Abwärtstrend, vgl. *Schnitzler, Lothar*: „Eigene Räume – Absagen, Einbußen, mangelndes Interesse – der *Messeplatz Deutschland* schwächelt“, in: *Wirtschaftswoche Nr. 41 vom 03.10.2002*, S. 72 f.; „Bankenkrise reißt *Dax* in die Tiefe“, in: *Die Welt vom 09.10.2002*, S. 17; „Ausverkauf bei Bank-Aktien: *Dax* stürzt unter 2600“, in: *Die Welt vom 09.10.2002*, S. 1; „Jobkrise wirft Schatten auf die Konjunktur“, in: *Handelsblatt Nr. 194 vom 09.10.2002*; *Wirth, Beatrix*, „Die Investmentbranche wartet auf Godot“, in: *Die Welt vom 18.10.2002*, S. 17.

105 *Dax*: -41,5 Prozent; *Eurostoxx 50*: -37,7 Prozent; *Großbritannien FTSE 100*: -26,2 Prozent; *USA Dow Jones*: -20,2 Prozent; Zahlen bei *Wagner, Wieland*, in: *Der Spiegel Nr. 40 vom 30.09.2002*, S. 87.

Prozess der Umstrukturierung statt<sup>106</sup>. Die Einschätzungen der *deutschen* Wirtschaftslage sind in den letzten Wochen auch im Hinblick auf die nachlassende Nachfrage immer dramatischer geworden<sup>107</sup>.

**Rz 61** b) Fehlt den Unternehmen und den Verbrauchern das *Vertrauen*, weil der *Staat* z. B. Kursmanipulationen und Bilanzfälschungen nicht wirksam bekämpft, sondern sogar zum eigenen finanziellen Vorteil nutzt wie etwa die *deutsche Bundesregierung* bei der Emission der *T-Aktie*, und das Volk daneben noch die *Gefahr von Arbeitslosigkeit* für *jedermann* fühlt, wird selbst eine *mittlere Inflationsrate* die *private Nachfrage* im Konsum- wie in dem Investitionsgüterbereich nicht entscheidend anschieben können. Deshalb befindet sich die *Bundesrepublik Deutschland* bereits in dem *Sog*, der unweigerlich in die „*Liquiditätsfalle*“ hineinführen wird. Wenn der *deutschen Volkswirtschaft* „*argentinische*“<sup>108</sup> oder „*japanische*“ *Verhältnisse*<sup>109</sup> erspart bleiben sollen, wird die *deutsche Bundesregierung* mit der Bildung völlig neuer behördlicher Strukturen und *einschneidender Maßnahmegesetze* das Fundament schaffen müssen, auf dem sich die *deutsche* Börse und die *deutsche* Volkswirtschaft neu aufstellen können. Die Uhr steht auf mehr als *fünf nach zwölf*. Dabei ist die *deutsche* Aktien-, Börsen- und Wirtschaftskrise weitgehend „*hausgemacht*“. Der Hinweis auf die *Krise der Weltwirtschaft* ist deshalb keine Entschuldigung

106 Der Weggang *Leonard Fischers* bei der *Dresdner Bank AG* kennzeichnete den Wendepunkt und den Abschied vom grenzenlosen Investment-Banking; vgl. *Reuter, Wolfgang*, „Das Gespenst der Deflation“, in: *Der Spiegel Nr. 40* vom 30.09.2002, S. 89.

107 *Straubhaar, Thomas*, Präsident des *HWWA-Instituts* in *Hamburg*: „Deutschland ist dem Abgrund nahe“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 39* vom 20.09.2002, S. 37. Auch *Straubhaar* zieht den Vergleich mit der *ehemaligen DDR* als einem implodierten „*Umverteilungskartell*“. *Straubhaar* konstatiert bei der *deutschen* Volkswirtschaft, dass immer weniger Menschen viel leisten und dafür immer mehr Menschen Subventionen wollen, und fordert ein Ende des *Umverleistungsstaates*. Die *T-Aktienemission* ist aber gerade ein Beispiel für eine solche *Umverteilung* durch den Staat zu *Lasten des sparenden Bürgers*.

108 Ähnlich wie am „*Schwarzen Freitag*“ mussten in *Argentinien* im Jahr 2002 Banken ihre Schalter schließen und Hunderttausende verloren ihre Ersparnisse. Die Folge waren Massenunruhen mit Toten und Verletzten. In *Deutschland* undenkbar? Die deutsche Politik sollte es nicht darauf ankommen lassen, in der Praxis auszuprobieren, ob bei einer solchen Entwicklung die „*Ruhe als erste Bürgerpflicht*“ noch aufrechterhalten werden könnte.

109 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 230* vom 04.10.2002, S. 23: „Börse Tokio auf Rekord-Tief“; *Fuster, T./Kurm-Engels, M./Quandt, K.* „Tokioter Börse setzt Tal-fahrt fort“, in: *Handelsblatt Nr. 191* vom 04./05.10.2002, S. 37.

und erst recht keine Lösung<sup>110</sup>. Entschuldigende Hinweise auf die *Weltwirtschaft* sind so lange nicht erlaubt, als nicht wirklich alle Hausaufgaben im Lande selbst erledigt sind<sup>111</sup>.

## Fünfter Abschnitt

Die Stimmungsindikatoren über das Verbrauchervertrauen in der Bundesrepublik Deutschland sind negativ: wieder eine schlechte Basis für den Startschuss tief greifender Reformen

Die *Stimmungsindikatoren* zum Vertrauen der Verbraucher in die Wirtschaft fielen in den letzten Quartalen für die *Bundesrepublik Deutschland* stets negativ aus. Niemand rechnet mehr mit einem nennenswerten Anstieg des privaten Verbrauchs. Der Grund dafür ist einleuchtend: Höhere Steuern und Abgaben schränken den Ausgabenspielraum der Haushalte ein. Den größten „Wachstumsbeitrag“ lieferte in *Deutschland* die Aufstockung der Lager. Die Ursache dafür ist aber nicht ein Vorgriff auf künftig höhere Nachfrage. Vielmehr sind die Lager „ungeplant“ aufgestockt worden – weil die Unternehmen ihre Waren schlicht nicht verkaufen konnten. Rz 62

### I. Das kollektive Vertrauen als Grundlage jeden Wirtschaftswachstums

Der *Handelsblatt-Eurokonjunktur-Indikator* lässt Böses für die Zukunft erahnen: Er entwickelte sich bis in das *IV. Quartal 2003* negativ; eine zaghafte Trendwende für *2004* deutet sich an, lässt aber keineswegs auf einen ausgeprägten Wachstumsschub in *Deutschland* schließen. Dieser Indikator besteht aus *fünf* Einzelkomponenten<sup>112</sup>: Rz 63

110 *Pierer, Heinrich von*, Tun Sie was, Herr Schröder, in: *Welt am Sonntag Nr. 39* vom 29.09.2002, S. 28.

111 *Heinrich von Pierer* stellt seinen Lösungsansatz einer Gesamtreform der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung zurecht in den *Gesamtzusammenhang* der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Steuerpolitik, deren Reformen die *Bundesregierung* auf den Weg bringen muss.

112 *Handelsblatt Nr. 71* vom 10.04.2003, S. 6.

- ▶ Das so genannte *Industrievertrauen* mit einer Gewichtung von 15 Prozent wird durch Umfragen gemessen: In den letzten Quartalen 2002/2003 ist das Industrievertrauen *gesunken*. Führend bei der schlechten Stimmung ist *Deutschland*, doch auch in den anderen *europäischen* Staaten hat sich die Erwartungshaltung eingetrübt.
- ▶ Sodann wird das *Konsumentenvertrauen* (Gewichtung: Ebenfalls 15 Prozent) beobachtet. Auch das Konsumentenvertrauen ist im *ersten Quartal 2003* von *-19* auf *-21 Punkte* gefallen.
- ▶ Die *dritte* Einzelkomponente ist die tatsächliche *Industrieproduktion* (Gewichtung: 25 Prozent). Der *europäische Trend*<sup>113</sup> ist auch hier nach unten gerichtet, nachdem ein kleines Plus von *1,1 Prozent* in *ersten Quartal 2003* die Rückschläge des *vierten* Quartals 2002 nicht ausgleichen konnte.
- ▶ Die *vierte* Einzelkomponente ist die *Geldmenge M 1* (Gewichtung: 30 Prozent). Die Geldmenge ist in 2003 gegenüber dem Vorjahr um *zehn Prozent* gestiegen. Die *Geldmenge M 3* (Bargeld, Termin- und Spareinlagen) ist ebenfalls gestiegen, allerdings wuchs die *Geldmenge M 3* nur um *6,4 Prozent*. Daraus wird ersichtlich, dass die Sparer liquiditätsnahe Anlagemöglichkeiten bevorzugen – ebenfalls Ausdruck einer gravierenden Verunsicherung und des schwindenden Vertrauens in die Stabilität des Währungs- und Bankensystems.
- ▶ Sodann misst der *Handelsblatt-Eurokonjunktur-Indikator* noch die *Inflationsrate* im *Euro-Raum* als die *fünfte* Einzelkomponente. Gemäß dem harmonisierten *Verbraucherpreisindex* sind die Preise um *2,4 Prozent* gestiegen. Der niedrigste Preisanstieg ist in *Deutschland* mit *1,3 Prozent* zu verzeichnen; *Irland* hat mit *5,1 Prozent* die höchste Preissteigerung im Unternehmensverbund.

---

113 Quelle: EU-Kommission, Eurostat.



Für *Deutschland* sehen die Prognosen das *geringste* Wirtschaftswachstum voraus. Die lahrende Konjunktur ist fast ausschließlich auf die eingeschränkte Liquidität tausender Betriebe, gerade in der mittelständischen Wirtschaft, zurückzuführen<sup>114</sup>. Rz 64

## II. Das deutsche Paradiesferd „Export“ kann die hausgemachten Wirtschaftsprobleme weder lösen noch lindern; die Stimmungsindikatoren der Wirtschaft bleiben negativ

**A.** *Deutsche* Wirtschaftspolitiker müssen von der Vorstellung Abschied nehmen, die Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik könnten durch dauerhaft *hohe Exportüberschüsse* von Wirtschaftssparten wettgemacht werden, die der deutschen Seele immer noch als Fundament für die Illusion von der weltweiten Überlegenheit deutscher Technologie und Wissenschaft dienen: Denn die einstigen Vorzeigebereiche der Chemie, des Maschinenbaus und der *Pkw*-Produktion können ihre Absatzsorgen nicht verheimlichen, und weltweit ist den *deutschen* Unternehmen unliebsame Konkurrenz erwachsen. Für *deutsche* Exporteure sind im Jahr 2003 schwere Zeiten angebrochen: Der *Exportklima-Indikator*, den das *Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung* im Monatsrhythmus für die *Wirtschaftswoche* erhebt, ist deutlich negativ: Maßgeblich ist eine weitere Eintrübung der Konsumentenstimmung weltweit (vor allem *Europa* und *USA*)<sup>115</sup>. Rz 65

114 Ob im Jahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent erreicht werden kann, wird mit Skepsis beurteilt. Die Weltwirtschaft wuchs dagegen im Jahr 2003 um ca. 3,2 Prozent. Für das Jahr 2004 ist ein Weltwirtschaftswachstum von 4,1 Prozent prognostiziert. Doch *Deutschland* wird auch daran nicht oder nur kaum teilnehmen. Einziger Lichtblick: Im vierten Quartal 2003 häuften sich die Anzeichen, auch beim Handelsblatt-Eurokonjunktur-Indikator, die auf eine zaghafte Belebung des Binnenmarktes schließen lassen.

115 *Wirtschaftswoche* Nr. 19 vom 01.05.2003, S. 45. Auch der *Ifo-Geschäftsklima-Index* ist weiter gefallen. Trotz der Beendigung des Irak-Krieges und trotz rückläufiger Ölpreise ist ein Rückgang des *Ifo-Geschäftsklima-Indexes* vom 88,1 auf 86,6 Punkte zu verzeichnen. Der Teilindex für so genannte Geschäftserwartungen brach von 97,2 auf 94,9 Zähler ein. Für das II. Quartal 2003 rechnet *Morgan Stanley* mit einem Rückgang des *deutschen Bruttoinlandsprodukts*.

Auch der *US*-Früh-Indikator<sup>116</sup> sinkt. Sodann sind hohe Exportüberschüsse allein *gerade kein Allheilmittel*, weder gegen mangelnde Inlandsnachfrage noch verloren gegangenes Vertrauen an den Börsen und auf der Konsumgüterebene und auch nicht gegen hohe Arbeitslosigkeit<sup>117</sup>. Außerdem kann niemand darauf hoffen, dass in Krisenzeiten die Exportwirtschaft die Funktion eines Notstromaggregates der Volkswirtschaft übernehmen könnte<sup>118</sup>. Von diesen Fehlvorstellungen muss sich die deutsche Nationalökonomie trennen.

**Rz 66** **B.** Wie anfällig übrigens jede Exportwirtschaft ist und welche komplexen Zusammenhänge in der Weltwirtschaft inzwischen gelten, zeigte das *Sars*-Virus. Die *Sars*-Seuche gefährdete den Wirtschaftsboom in der *Volksrepublik China* und vorübergehend auch die Weltkonjunktur<sup>119</sup>. Die Probleme schlugen, wenn auch gedämpft, auf die *deutsche* und *europäische* Wirtschaft durch: Ein wirtschaftlich prosperierendes *China* kann bei dem europäischen Flugzeughersteller *Airbus* Großaufträge platzieren. Aber ein wirtschaftlich geschwächtes *China* bei einer schwindenden Bedeutung des internationalen Flugverkehr? Welche Folgen hätte es also für *Airbus Industries*, wenn das *Sars*-Virus nicht eingedämmt werden könnte? Würde die chinesische Wirtschaft dann immer noch Spitzenreiter weltweit im Wirtschaftswachstum sein? Würde die internationale Flugwirtschaft dann überhaupt noch so viele Flugzeuge benötigen? Glücklicherweise blieb der *deutschen Exportwirtschaft* erspart, die Fragen bis zu Ende durchzudenken. Denn *Chinas Gesundheitsbehörden* schafften in erstaunlich kurzer Zeit eine effiziente Bekämpfung der Seuche: wieder ein Zeichen für die immer noch unterschätzten Fähigkeiten der *chinesischen* Wirtschaftsmacht.

116 *wirtschaftswoche* Nr. 19 vom 01.05.2003, S. 48.

117 Die Arbeitslosigkeit ist zum *Etatrisiko* des *Bundesfinanzministerium* geworden. Das Defizit der *Bundesanstalt für Arbeit* betrug zum Jahresende 2003 ca. *acht Milliarden Euro*; vgl. *Handelsblatt* Nr. 75 vom 16.04.2003, S. 8.

118 So kamen in 2002 gerade keine Impulse vom Export. Das *BMW* macht den stärksten *Euro* für die geringere Exportdynamik verantwortlich.

119 Die wirtschaftlichen Verluste aus der Verbreitung des *Sars*-Virus werden wie folgt geschätzt: *Volksrepublik China*: -2,2 *Milliarden US-Dollar*; *Südkorea*: -2,0 *Milliarden US-Dollar*; *Hongkong*: -1,7 *Milliarden US-Dollar*; *Japan*: -1,1 *Milliarden US-Dollar*; *Singapur*: -1,0 *Milliarden US-Dollar*; *Taiwan*: -800 *Millionen US-Dollar*; *Malaysia*: -700 *Millionen US-Dollar*; weitere Zahlen bei *wirtschaftswoche* Nr. 19 vom 01.05.2003, S. 38.

### III. Der Nachbar Frankreich: Au revoir, Wachstumswunder?

**A.** Betrachtet man den Zustand der *französischen* Volkswirtschaft, so müssen wir *Deutsche* zunächst neidvoll eingestehen, dass im vergangenen Jahr die *französische* Konjunktur die *deutsche* hinter sich gelassen hat<sup>120</sup>, wenngleich vor Übertreibungen gewarnt werden muss: Die wirtschaftliche Entwicklung *Frankreichs* der letzten Jahre war positiv und besser als die *deutsche* Konjunktur, aber von einem französischen Wirtschaftswunder zu sprechen, wäre reichlich vermessen. Viel wichtiger ist die Frage, wie die Zukunft der *französischen* Volkswirtschaft aussehen wird<sup>121</sup>. Eines ist klar: Die Hoffnung mancher Ökonomen, die *französische* Wirtschaft könne an der Stelle *Deutschlands* die Funktion der Konjunkturlokomotive übernehmen, war und bleibt auch in Zukunft trügerisch: Denn die Zeiten eines vorzeigbaren wirtschaftlichen Wachstums, das im Übrigen auf eine wesentliche Erhöhung der Staatsquote zurückzuführen war, sind für die *französische* Wirtschaft ebenfalls vorbei. Rz 67

**B.** Experten schließen nicht aus, dass die *französische* Konjunktur schon bald so schlecht laufen wird wie in *Deutschland*<sup>122</sup>. Es wäre deshalb ein fataler Irrtum zu glauben, innerhalb der EU-Binnenwirtschaft könnte die eine und die anderen nationale Volkswirtschaft Wachstumsschwächen der anderen EU-Mitglieder ausgleichen und reihum das eine Mal die deutsche und ein anderes Mal die französische Wirtschaft als Katalysator für die europäische Binnen- Rz 68

120 Im Jahr 2002 insgesamt brachte es die *französische* Wirtschaft auf immerhin 1,2 Prozent Wachstum. Weil das statistische Amt – *Insee* – die Zahlen für das erste und dritte Quartal um je 0,1 Punkte nach oben korrigierte, übertrag das Amt seine eigenen Vorhersage von ein Prozent. 2001 betrug das Wachstum 1,8 Prozent. In *Deutschland* ist das BIP 2002 um 0,1 bis 0,2 „gewachsen“, 2001 um ca. 0,6 Prozent.

121 Die optimistische Konjunktur-Prognose von *Finanzminister Francis Mer* hat sich nach den jüngsten Daten nicht erfüllt. *Frankreichs* NationalökonomInnen hatten ein Wachstum von 2,5 Prozent avisiert; dieses Ziel ist aber unerreichbar. Realistisch dürfte eher ein Wert um 1,5 Prozent sein. Eine Detailbetrachtung zeigt aber auch hier, dass ein echtes, natürliches Wirtschaftswachstum nicht vorgelegen hat: Ohne seine expansive Fiskalpolitik, die ein Wachstum des Staatskonsums beitrug, wäre die Wirtschaftsleistung in *Frankreich* geschrumpft.

122 Im vierten Quartal 2002 erzielte *Frankreich* nur noch ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukte (BIP) von 0,2 Prozent. In den vergangenen Jahren war *Frankreich* dank seiner starken Inlandsnachfrage die Konjunkturlokomotive der Euro-Zone. Nun droht es seine Dynamik einzubüßen: „Es erscheint sogar möglich, dass *Frankreichs* Wirtschaft so schwach wird wie die *Deutschlands*“, befürchtet *David Naudé*, Ökonom der *Deutschen Bank* in *Paris*.

wirtschaft wirken. Der private Verbrauch blieb in *Frankreich* im Jahr 2002 mit einem Plus von 1,8 Prozent Motor der Konjunktur, aber für 2003 war ein deutlicher Einbruch des privaten Konsums zu konstatieren. Große Investitionsentscheidungen der Unternehmen standen im Jahr 2003 ebenfalls nicht an<sup>123</sup>. Der Lagerabbau in *der französischen* Wirtschaft – der stärkste seit 1978 – kostete im Jahr 2002 nach Schätzung der Experten *ca. 0,6* Punkte Wachstum. Auch hier zeigen sich also ähnliche Phänomene wie in der *deutschen* Wirtschaft.

Deshalb muss die Frage gestellt werden, ob z. B. nicht der Gleichklang in den Forderungen und Vorstellungen *deutscher* und *französischer Gewerkschaften* über die Arbeitszeit und das Lohnniveau Ursachen bilden, die in *beiden* Ländern die Unternehmen finanziell zunehmend unter Druck setzen. Auch die *französische* Wirtschaft leidet unter ähnlich verkrusteten Strukturen wie die *deutsche* Wirtschaft. Die „Heilungsmethoden“ können deshalb für beide Volkswirtschaften ähnlich aufbereitet werden. Die NationalökonomInnen beider Länder und ihre Sozialpolitiker dürfen dabei nicht außer Acht lassen, dass die *französische* und die *deutsche* Volkswirtschaft den Kern der *EU* bilden: Würde auch nur eine der beiden Volkswirtschaften nachhaltig den Anschluss an die Geschwindigkeit des *US-* oder *asiatischen* Wirtschaftswachstums verlieren, hätte dies für ganz Europa negative strategische Konsequenzen.

---

123 Besonders steigende Lohnstückkosten entwickelten sich zu einem strukturellen Problem. Die Jahre kräftigen Wachstums hatten verdeckt, dass die Einführung der *35-Stunden-Woche* die Lohnstückkosten nach oben getrieben hat. Das kann bewirken, dass *Frankreichs* Wachstumswerte kurz- bis mittelfristig *unter den Durchschnitt* der Eurozone fallen werden.